# Expertise:
# Zukunftsfaktor Familie
# Familienfreundliche Stadt

Von Marion Bredebusch und Lisa Weber

Saarbrücken, Juni 2005

# Inhalt:

1. Einleitung

2. Demografische Entwicklung
   - 2.1 Demografische Entwicklung in Deutschland
   - 2.2 Folgen dieser Entwicklung
   - 2.3 Demographische Entwicklung im Saarland und in Saarbrücken
   - 2.4 Warum entscheiden sich so viele junge Frauen und Männer gegen Kinder?

3. Geburtenraten und Familienpolitik im europäischen Vergleich
   - 3.1 Übersicht: Mutterschutz, Elternzeit und Transferleistungen in Europa
   - 3.2 Was machen die anderen Länder in Europa mit höheren Geburtenraten anders?
     - 3.2.1 Frankreich
     - 3.2.2 Skandinavische Länder

4. Begriffsklärungen als Grundlage familienfreundlichen Handelns
   - 4.1 Begriff: Familie
   - 4.2 Familienpolitik
   - 4.3 Familien- und Kinderfreundlichkeit
   - 4.4 Merkmale von Familien- und Kinderfreundlichkeit im kommunalen Umfeld

5. Familienpolitik in Deutschland
   - 5.1 Analyse des Ist-Zustands
   - 5.2 Planungen/Vorhaben der Bundesregierung
   - 5.3 Anregungen und Empfehlungen

6. Familienpolitik im Saarland
   - 6.1 Analyse des Ist-Zustands
   - 6.2 Planungen und Vorhaben der Landesregierung des Saarlandes

7. Familienpolitik in der Landeshauptstadt Saarbrücken

7.1 Analyse des Ist-Zustands

7.2. Planungen und Vorhaben der Landeshauptstadt Saarbrücken

8. Familienfreundlichkeit in der Kommune

8.1 Gestaltung der örtlichen und regionalen Familienpolitik

8.2 Familienfreundlichkeit im kommunalen Leitbild

8.3 Familienbericht

8.4 Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung

8.5 Beteiligung von Familien, Kindern und Jugendlichen

8.5.1 Familien- und Nachbarschaftsforen

8.5.2 Runde Tische / Familientische

8.5.3 Familienbeirat

8.5.4 Lokale Bündnisse für Familie

8.6 Familien- und kinderfreundliches Verwaltungshandeln

8.6.1 Familienfreundlicher Bürger – und Bürgerinnenservice

8.6.2 Büro für Bürgerinnen und Bürger

8.6.3 Wegweiser für Familien

8.6.4 Info-Telefon / Internet Service

8.7 Familienpass als Instrument zur Förderung und Aktivierung von Familien

8.8 Baby-Prämie

8.9 Familienfreundliche Betriebe als Standortvorteil

8.10 Familienfreundlichkeit als Markenzeichen

9. Fazit

10. Literaturverzeichnis

11. Linkliste

12. Anhang

# 1. Einleitung

Immer mehr Städte und Gemeinden erkennen die Wichtigkeit, bei kommunalen Entscheidungen stärker die Situation und Interessen von Familien und Kindern zu berücksichtigen. Familienfreundlichkeit ist kein Luxus, sondern wird zunehmend als Standortfaktor im interkommunalen Wettbewerb gesehen. Das Lebensumfeld von Städten und Gemeinden beeinflusst insbesondere junge Menschen und Familien bei der Wahl ihres Wohnortes. Familien- und kinderfreundliche infrastrukturelle Angebote in einer Kommune ziehen innovative Unternehmen an. Diese brauchen qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Familien- und Kinderfreundlichkeit wird damit zu einem entscheidenden Faktor, mit dem sich Kommunen im interkommunalen Wettbewerb behaupten können.[1]

Eine familienfreundliche Umgebung entsteht nicht von selbst. Sie braucht verlässliche politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die gezielt durch entsprechendes Handeln beeinflusst werden. Die kommunale Ebene hat Gestaltungsmöglichkeiten, um ein attraktives Umfeld für Familien zu schaffen, bei der alle gesellschaftlichen Kräfte einbezogen werden können.

# 2. Demographische Entwicklung

## 2.1 Demographische Entwicklung in Deutschland

In Deutschland übersteigen seit 1972 die Sterbefälle die Geburten.[2] In allen Ländern Westeuropas liegen die Geburtenziffern unter 2,1 Kindern je Frau, jenem Wert, der nötig ist, um eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu garantieren.[3]

Die Prognostiker des Statistischen Bundesamtes sagen bis zum Jahr 2050 einen Schwund von zehn Millionen Menschen voraus – und zwar unter der Annahme, dass die Lebenserwartung weiter steigt und jährlich 200.000 Personen aus dem Ausland zu uns einwandern. Kämen nur 100.000 im Jahr, wären wir 2050 schon um 16 Millionen Menschen ärmer, ganz ohne Zuwanderung um 30 Millionen. Im Jahr 2100 würden dann in Deutschland nur noch 24 Millionen Menschen leben – so viele wie Anfang des 19. Jahrhunderts.[4]

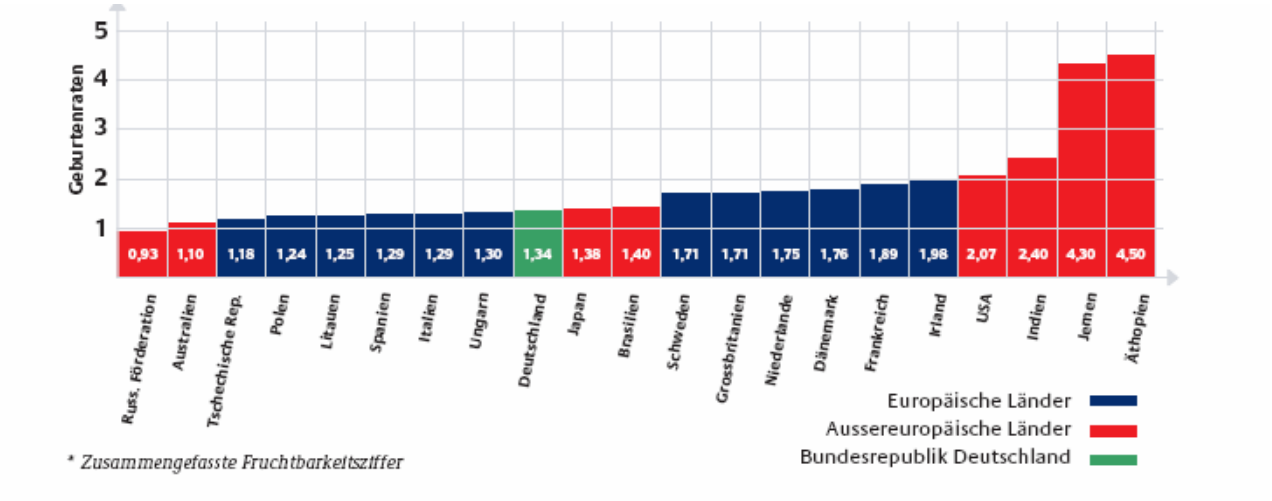
---

1 Michaela Hellmann, Dr. Andreas Borchers (2002): Familien- und Kinderfreundlichkeit. Prüfverfahren – Beteiligung – Verwaltungshandeln; Band 221, Schriftenreihe des BMFSFJ, S.13

2 Prof. Bert Rürup, Dipl.-Vw. Sandra Gruesco (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, S.9

3 Kröhnert Steffen (o.J.) Emanzipation oder Kindergeld, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, S.1

4 Kröhnert Steffen (2004), Deutschland 2020, Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung 2004, S.4




*Geburtenraten im internationalen Vergleich 2003*[5]

Deutschland ist Schlusslicht im westeuropäischen Vergleich bei den Geburtenzahlen. Die Bundesrepublik hat einen der höchsten Anteile Kinderloser in Westeuropa. In Deutschland kommen auf jede Frau durchschnittlich 1,3 Kinder, in Schweden sind es 1,7 Kinder pro Frau, in Dänemark 1,8 Kinder. Frankreich liegt mit 1,9 Kindern pro Frau an der Spitze. Zurzeit wird in Deutschland von Vielen so getan, als sei dies eine neue Entwicklung. Jedoch liegt der Anteil seit 1973 zwischen 1,36 und 1,19 Geborenen. 1964 kamen hierzulande 1,4 Millionen Kinder zur Welt, 40 Jahre später nur noch die Hälfte.[6] Diese Rekordtiefen waren bislang in Friedenszeiten unbekannt. Das heißt, bereits über eine Generation hinweg liegt das Geburtenniveau auf anhaltend niedrigem Stand. Folge ist, dass es weniger gebärfähige Frauen gibt und sich dies immer so fortsetzt.

Der europäische Vergleich zeigt den besonders hohen Anteil an dauerhaft Kinderlosen in Deutschland. Viele Menschen gründen keine Familie mehr. Ihr Anteil liegt bei rund 25%. Dabei sind es häufiger westdeutsche Frauen und Männer, die sich gegen Kinder entscheiden. Die Familie entwickelt sich in West- und Ostdeutschland unterschiedlich. In Westdeutschland haben die meisten Mütter zwei Kinder, während die Anzahl der Ein-Kind-Familien rückläufig ist. In Ostdeutschland bekommen Frauen immer seltener zwei oder drei Kinder: Der Großteil (rund 40%) entscheidet sich nur für ein Kind.[7]

Mehr als ein Viertel der jungen Frauen in Deutschland bleibt ohne Kinder.[8] Unter den Endvierzigern sind über ein Viertel der Männer ohne Nachkommen, unter den Frauen 15,7 Prozent.[9] Unter westdeutschen Akademikerinnen bleiben 41 Prozent kinderlos. Jeder zweite Mann im Alter bis 45 mit Hochschulabschluss ist kinderlos. Bei den Männern mit einem Jahreseinkommen über 30.000 Euro sind 73 Prozent kinderlos.[10]

Deutschland ist in vielerlei Hinsicht bei diesem Thema einzigartig, denn in den meisten Industrienationen gilt das Gegenteil: Je qualifizierter die Frauen, desto mehr Kinder bekommen sie.

In Frankreich bekommen immer mehr Frauen sogar drei Kinder. Die in Deutschland immer als Erklärung herhaltende These der Einzelkinder greift nicht. Denn: wer in Westdeutschland Kinder bekommt, bekommt im Durchschnitt zwei. Das bedeutet: die Frauen und Männer in Deutschland bekommen nicht immer weniger Kinder - es gibt nur

---

5 Schaubild aus Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.3
6 Deupmann Ulrich (2005): Die Macht der Kinder, Fischer Verlag, S.7
7 Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.4
8 Kröhnert Steffen (o.J.): Emanzipation oder Kindergeld Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, S.14
9 Schiessl Michaela, Männer im Zeugungsstreik, In: Der Spiegel 13/2005
10 Saarbrücker Zeitung vom 22.02.2005

immer mehr, die GAR KEINE Kinder bekommen. Dieses so genannte gespaltene Fertilitätsverhalten gibt es in keinem anderen europäischen Land.[11] Und dies bedeutet, dass besonders hier ein wesentlicher Ansatzpunkt für eine andere Bevölkerungspolitik liegt.

Das Alter, das Frauen und Männer zum Zeitpunkt der Familiengründung erreicht haben, verschiebt sich immer weiter nach hinten. Westdeutsche Frauen waren 1980 bei Geburt ihres ersten Kindes 25,2 Jahre alt, 2000 waren sie im Durchschnitt rund 29 Jahre alt. Auch in Ostdeutschland verschiebt sich seit der Wiedervereinigung der Zeitpunkt der ersten Geburt in ein höheres Alter. Im Jahr 2000 betrug bei einem mittleren Erstgebärendenalter der ostdeutschen Frauen von 28 Jahren die Differenz der westdeutschen Frauen nur noch ein Jahr.[12] Die Wahrscheinlichkeit ein Kind zu bekommen sinkt mit zunehmendem Alter der Frauen. Viele Paare lassen sich schlichtweg zu lange Zeit mit der Familiengründung und müssen irgendwann schmerzlich feststellen, dass die „biologische Uhr“ abgelaufen ist. Neben der verzögerten Elternschaft ist die lebenslang kinderlose Partnerbeziehung ein relativ neuartiges gesellschaftliches Phänomen, dass scheinbar bei jungen Leuten sogar zu einem gewünschten Lebensmodell wird, wie eine neue Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundessamt belegt.[13]

Die Ergebnisse der Studie widersprechen der These, dass der Kinderwunsch von jungen Männern und Frauen sehr viel höher ist als die tatsächliche Geburtenrate. Laut dieser Studie liegt der Durchschnittwert für die Zahl der gewünschten Kinder bei den Frauen zwischen 20 und 39 Jahren mit 1,74 nur noch wenig über der tatsächlichen Kinderzahl bei den Frauen (Durchschnittswert 1,4); bei den Männern liegt dieser Durchschnittswert mit 1,57 sogar noch tiefer. Während sich nach einer Befragung im Jahre 1992 nur 9,9% der Frauen und 11,8% der Männer keine Kinder wünschten, sind es inzwischen bei den Frauen 14,6% und bei den Männer sogar 26,3%. Das heißt, nicht nur die Geburtenrate wird kleiner, auch der Wunsch Kinder zu haben wird immer geringer.[14]

## 2.2 Folgen dieser Entwicklung

Weil wir immer weniger Kinder bekommen und immer länger leben, wird sich unser Leben in Deutschland in den nächsten 50 Jahren dramatisch verändern. Das Wirtschaftswachstum fällt wegen der alternden Bevölkerung schon jetzt um 0,5 Prozentpunkte niedriger aus, wie eine OECD-Studie bescheinigt – das entspricht mehreren 100.000 Arbeitsplätzen.[15]

Dr. Reiner Klingholz, Direktor vom ‚Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung’, hat die Folgen dieser Entwicklung sehr plastisch beschrieben: „Immer weniger Kinder und mehr alte Menschen führen zwangsläufig dazu, dass eine immer kleiner werdende Gruppe an Werktätigen immer mehr Versorgungsbedürftige gegenüber stehen. Die Veränderungen betreffen praktisch alle Bereiche unseres Lebens: Schulen und Hochschulen, Regional- und Stadtplanung, Industrie, Handel und Immobilienwirtschaft, die öffentlichen und privaten Investitionen, den Umgang mit ausländischen Mitbürgern - und letztlich das, was wir unsere Kultur nennen. Die neuen Bundesländer haben in den vergangenen 14 Jahren im Zeitraffer vorgemacht, wozu Kinderarmut, Überalterung, Strukturwandel und Abwanderung führen können: Der Osten Deutschlands hat seit der Wende rund zwei Millionen Menschen verloren - vor allem junge und qualifizierte. Diese Entwicklung wird weitergehen - und sie hat längst auch den Westen erfasst. Neben Thüringen, der Lausitz oder Vorpommern strecken

---

[11] Pfundt Karen (2004): Die Kunst in Deutschland Kinder zu haben, Argon Verlag, S.9
[12] Prof. Bert Rürup, Dipl.-Vw. Sandra Gruesco (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, S.17
[13] BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt (Mai 2005)
[14] BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt (Mai 2005)
[15] Deupmann Ulrich (2005): Die Macht der Kinder, Fischer Verlag, S.7

auch das Saarland und Südost-Niedersachsen, das Ruhrgebiet, Nordhessen und Nordbayern in einem schleichenden, aber kaum aufzuhaltenden Schrumpfungsprozess. Manche Regionen erleben bereits eine regelrechte Bevölkerungs-Implosion: Dort, wo es wenig Arbeit gibt, wo die Innenstädte zerfallen, Kneipen und Diskos leer stehen und Freibäder und Theater schließen, werden sich kaum junge Familien ansiedeln. Und wo der Bildungsgrad sinkt und qualifiziertes Personal fehlt, wird kaum ein großes Industrieunternehmen investieren. All das bedeutet weniger Steuereinnahmen für die betroffenen Kommunen, die gleichzeitig mehr alte Menschen zu versorgen haben.“[16]

Demografie-Experte Daniel Dettling von „berlinpolis“[17] betont die Verbindung zum Wirtschaftswachstum: „Familienpolitik ist Wachstumspolitik – In mittel- und langfristiger Sicht hängt die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von der Quantität und der Qualität des Arbeitseinsatzes ab. Damit spielen der Arbeitsmarkt und die Qualifikation der Beschäftigten eine zentrale Rolle für die Einkommen einer Volkswirtschaft. Der absehbare Rückgang des Arbeitskräfteangebotes dämpft das Wirtschaftswachstum.“

## 2.3 Demographische Entwicklung im Saarland und in Saarbrücken

Seit 1995 verzeichnet das Saarland bezogen auf die Bevölkerungszahl die mit Abstand wenigsten Geburten der alten Bundesländer.[18] Lebten 1990 noch 1.072.963 Personen im Saarland, so nahm die Bevölkerungszahl bis zum Jahresende 2002 auf 1.064.988 ab. Am 30.09.2003 lebten im Saarland nur noch 1.062.231 Einwohner und Einwohnerinnen. Verursacht war der Bevölkerungsrückgang im Saarland durch ein ausgeprägtes Geburtendefizit. Im Zeitraum 1990 bis 2002 wurden im Saarland 126.497 Kinder geboren, während 163.704 Personen starben. Damit beläuft sich das Geburtendefizit für die letzten 12 Jahre zusammengerechnet auf 37.207 Personen. Die Auswirkungen auf den Bevölkerungsbestand wurden durch Wanderungsgewinne, insbesondere aus dem Ausland, abgeschwächt.

Die gravierende Veränderung allein in den vergangenen 12 Jahren lässt sich an einer einfachen Maßzahl ablesen. Bei anhaltend niedrigem Geburtenniveau und einer deutlich gestiegenen Lebenserwartung stieg das Durchschnittsalter in der saarländischen Bevölkerung von 1990 bis 2002 um 2,5 Jahre auf 42,7 Jahre an.[19]

Die Prognosen des Statistischen Landesamtes bestätigen in ihrer Fortschreibung der derzeitigen Entwicklung den Abwärtstrend der Geburtenzahlen und die zunehmende Überalterung des Saarlandes. Bleibt die Zuwanderungsrate auf dem derzeitigen Stand, d.h. im Durchschnitt bei 1.900 Personen im Jahr, sinkt die Zahl der Einwohner und Einwohnerinnen im Saarland auf 925.900 im Jahr 2030. Während des Vorausberechnungszeitraums wird sich die Zahl der Personen im Alter von unter 18 Jahren ausgehend von 187.050 um 29,5% auf 131.900 im Jahr 2030 verringern. Fast die Hälfte (48,6%) der Bevölkerung im Jahr 2030 wird 50 Jahre und älter sein.[20]

Der kürzlich von Prognos erstellte Familienatlas für Deutschland stellt Saarbrücken keine gute Noten aus. Diese Studie ordnet Saarbrücken der Regionen-Gruppe E „Singlestädte als biografische Durchlaufstation“ zu. Damit wird Saarbrücken wie 48 andere westdeutsche Großstädte und Mittelzentren in eine Gruppe eingereiht, zu der auch München, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Heidelberg, Aachen, Münster und

---

[16] Kröhnert Steffen (2004): Deutschland 2020, Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung

[17] Dettling, Daniel (2005): Kindermangel ist auch ein Problem der Männer. Der SZ-Gastbeitrag. In: Saarbrücker Zeitung v. 22.2.2005

[18] Kröhnert Steffen (2004): Deutschland 2020, Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung

[19] Statistisches Landesamt (2004): Bevölkerungsprognose für das Saarland 2003 bis 2050, S.5

[20] Statistisches Landesamt (2004): Bevölkerungsprognose für das Saarland 2003 bis 2050, S.17

Bayreuth gehören. Bei den meisten handelt es sich um Universitäts- und Verwaltungsstandorte. Als Kennzeichen für diese Städte wird festgestellt, dass hier der Kinderanteil an der Bevölkerung in der Regel unterdurchschnittlich ist, was unter anderem am hohen Anteil Studierender, am anstrengenden urbanen Lebensstil und an den teuren Mieten liegt. In den meisten Städten dieser Gruppe lassen sich jungen Menschen gerne und gut (vor allem akademisch) ausbilden, sammeln ihre ersten beruflichen Erfahrungen – ihre Familie aber gründen sie hier nicht. Diese Städte haben zudem eine hohe Teilzeitquote und Frauenerwerbstätigkeit bei einer eher unterdurchschnittlichen Angebotsstruktur der Kinderbetreuung. Nicht zuletzt wegen der starken Belastung durch Kriminalität und Verkehr ziehen Familien lieber ins Umland dieser Städte.[21]

Diese Analyse widerspricht den derzeitigen Beobachtungen des statistischen Landesamtes. Im Vergleich zu den anderen Kreisen und Städten im Saarland, die in den nächsten Jahren teilweise einen Bevölkerungsrückgang von 17-19% befürchten müssen, schneidet die Landeshauptstadt laut statistischem Landesamt deutlich besser ab: „Am geringsten fällt der Rückgang der Bevölkerung im Ballungsraum, also der Landeshauptstadt Saarbrücken und dem Stadtverband Saarbrücken, mit jeweils 8% bzw. 10% aus.“[22] Gründe hierfür sieht das statistische Landesamt in einer Wanderungsbewegung in den Verdichtungsraum um die Landeshauptstadt Saarbrücken. In manchen Wohngebieten Saarbrückens gibt es sogar einen Zuwachs von Kindern, wie z.B. am Homburg in Saarbrücken. Immer mehr Familien bekommen dort ihr drittes oder sogar ihr viertes Kind. In Zukunft wird es dort mehr Kinder geben als noch vor ein paar Jahren.[23] Hier wäre es interessant zu untersuchen, welche Rahmenbedingungen zu dieser Entwicklung geführt haben und ob diese auf andere Stadtteile übertragbar sind.

Das Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung kommt in einer Studie bei der Bewertung der Stadt Saarbrücken zu folgendem Schluss: „Die Landeshauptstadt Saarbrücken ist die Großstadt mit dem stärksten Bevölkerungsschwund der alten Bundesländer. Obwohl Saarbrücken seit Ende der 1980er Jahre wieder Zuzüge erlebt, sind diese im Vergleich zu anderen westdeutschen Städten gering. Seit 30 Jahren sterben in Saarbrücken mehr Menschen als geboren werden. Die Stadt an der Saar gehört mit einer Fertilitätsrate von 1,25 Kindern je Frau zu den Schlusslichtern im Westen Deutschlands - zusammen mit Heidelberg, Bamberg oder Göttingen. Dies sind allesamt Universitätsstädte, die typischerweise einen hohen Anteil von Frauen ohne Kinder aufweisen. Die Prognosen sagen für Saarbrücken bis 2020 einen weiteren Bevölkerungsverlust von zehn Prozent voraus. Dann wäre die Stadt um ein Viertel menschenärmer als 50 Jahre zuvor.“ [24] Es würden aber nicht nur weniger Menschen in Saarbrücken leben, sondern diese wären auch im Durchschnitt älter als heute. Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren wird in Saarbrücken im Zeitraum 2002 – 2030 von 34.883 auf 46.400 steigen, während die Anzahl der unter 18-Jährigen von 28.132 auf 22.580 fällt.[25]

Fazit: Das Saarland und Saarbrücken schrumpfen bedenklich und überaltern. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern gibt es zwei Möglichkeiten: eine verstärkte Zuwanderung oder eine Steigerung der Geburtenraten. Die Zuwanderung hat in der Vergangenheit teilweise die Lücken gefüllt, die durch den Geburtenrückgang entstanden sind. Aber nur auf Zuwanderung zu setzen ist zu kurz gegriffen. Ob mit oder ohne Zuwanderer werden immer weniger junge Menschen mehr alten Menschen gegenüber stehen - und das hat die bereits beschriebenen Folgen. Um junge Menschen dazu zu bewegen, wieder Kinder in diese Welt zu setzen, ist es wichtig ihre Gründe zu kennen, warum sie keine Kinder bekommen oder bekommen wollen.

---

[21] http://www.prognos.de/familienatlas/p_familienatlas.pdf
[22] Statistisches Landesamt (2004): Bevölkerungsprognose für das Saarland 2003 bis 2050, S.17
[23] Amt für Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Saarbrücken
[24] Kröhnert Steffen (2004): Deutschland 2020, Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, S.67
[25] Statistisches Landesamt (2004): Bevölkerungsprognose für das Saarland 2003 bis 2050, S.28

## 2.4 Warum entscheiden sich so viele junge Frauen und Männer gegen Kinder?

Die meisten Paare in Westdeutschland (86%) mit kleinen Kindern unter drei Jahren wünschen sich Modelle der Elternschaft, die beiden Partnern eine Berufstätigkeit ermöglichen.[26] Tatsächlich können aber nur 23% diese Vorstellung auch umsetzen. Wer viel in die eigene Ausbildung investiert hat, sich in seinem Beruf verwirklichen kann und ein hohes Einkommen hat, steht der Entscheidung für ein Kind mit besonderer Skepsis gegenüber. Die Sorge davor, den beruflichen Anschluss während einer „Babypause" zu verlieren, beiden Lebensbereichen nicht gerecht zu werden etc., spiegelt sich in einer hohen Anzahl Unentschlossener wider. Für die Vereinbarkeit spielen familienfreundliche Bedingungen des Arbeitsgebers und Möglichkeiten der Kinderbetreuung die zentrale Rolle.

Bisher gibt es für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder in Westdeutschland kein bedarfsdeckendes Angebot.[27] Außerdem wird mehr Flexibilität in der Betreuung von Kindergartenkindern eingefordert und das bestehende Kinderbetreuungsangebot als zu teuer empfunden. 69% der Eltern gaben bei einer FORSA–Umfrage an, dass sie sich kostengünstigere Kinderbetreuungsplätze wünschen.[28]

Insbesondere hoch qualifizierte Frauen entscheiden sich oft gegen Kinder (rund 30%), wobei dies vor allem auf Westdeutschland zutrifft.[29] Diese Frauen haben viel in ihre Ausbildung investiert, und Kinder führen bei der beschriebenen mangelhaften Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu großen beruflichen und finanziellen Einbußen. Außerdem stellen sich diese Frauen meist eine partnerschaftliche Aufgabenteilung in Haushalt und Kindererziehung vor, die nur schwer zu verwirklichen ist.[30]
Unter westdeutschen Akademikerinnen bleiben 41 Prozent kinderlos. Jeder zweite Mann im Alter bis 45 mit Hochschulabschluss ist kinderlos. Bei den Männern mit einem Jahreseinkommen über 30.000 Euro sind 73 Prozent kinderlos.[31]

Eltern stellen vor der Familiengründung relativ hohe Ansprüche an ihre Lebensumstände, denn sie wollen ihrem Kind möglichst optimale Bedingungen zum Start bieten. Diese Voraussetzungen werden als erfüllt angesehen, wenn die Ausbildungen der Eltern abgeschlossen sind (53%) und zumindest ein Partner eine gesicherte berufliche Position hat (72%), die finanziellen Verhältnisse ausreichend sind (62%) und die Wohnsituation als zufrieden stellend empfunden wird. Dadurch verlagert sich der Zeitpunkt der Geburt eines Kindes in das Lebensalter jenseits der Dreißig und umfasst häufig nur noch einen Zeitraum von wenigen Jahren.[32]

Die entscheidende Voraussetzung für ein Kind sehen 84% in einer gut funktionierenden Partnerschaft.[33] Diese existiert häufig (noch) nicht zu dem Zeitpunkt, an dem sich Frau

---

[26] Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2002): Werkstattbericht 12/2002 Nürnberg; Zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.6
[27] Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.6
[28] FORSA (2005): Was brauchen junge Eltern? Repräsentativbefragung; Zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.6
[29] Klein/Eckhard (2005): Kinderwunsch, Kinderzahl und Kinderlosigkeit bei Männern; Sonderauswertung des Familiensurvey, Heidelberg; Zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.4
[30] Studie der Zeitschrift „ELTERN" 2005; zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.4
[31] Schiessl, Michaela (2005): S.48 und SZ v. 22.2.2005
[32] Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate, Repräsentativbefragung, Allensbach; zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005
[33] Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate, Repräsentativbefragung, Allensbach; zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005

oder Mann eine Familiengründung vorstellen könnten bzw. sich diese wünschen. Grundsätzlich äußern Verheiratete einen signifikant höheren Kinderwunsch – und realisieren ihn auch häufiger als unverheiratete Paare.[34] Die Ehe ist nach wie vor die Lebensform, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Familiengründung führt.

Wer mit Sorge in die Zukunft schaut, um seinen Arbeitsplatz fürchtet und an ausreichenden Unterstützungen des Staates zweifelt, tut sich besonders schwer, Verantwortung für ein Kind zu übernehmen. Das Absinken der Geburtenzahlen in unsicheren Umbruchsituationen spiegelt diese Zusammenhänge. Dies war nicht nur während der Weltkriege und beim Zusammenbruch des kommunistischen Systems in der DDR und anderen osteuropäischen Staaten zu beobachten, sondern auch bei strukturellen Veränderungen im Wohlfahrtsstaat Schweden der neunziger Jahre. Insofern sind Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten Gradmesser für individuelle Lebenspläne.[35]

Schon bei der Entscheidung für das erste Kind spielt die Einkommenssituation eine Rolle. Insbesondere bei Männern sind Kinderwunsch und Kinderzahl eng verbunden mit der Höhe des Erwerbseinkommens.[36] Das Argument der Finanzierbarkeit wird aber bei der Entscheidung für ein zweites oder drittes Kind noch wichtiger. Jede zweite Ein-Kind-Familie gibt an, dass finanzielle Gründe für den Entschluss gegen ein weiteres Kind eine Rolle spielen.[37]

Ein wichtiger Grund für die Entscheidung gegen ein Kind spielt ist, dass Kinder nach wie vor das größte „Armutsrisiko“ (im finanziellen Sinne gemeint) darstellen. Hohe Betreuungskosten – niedrige Einkommen – der Teufelskreis hat Kinderreichtum zum größten Armutsrisiko in Deutschland werden lassen. So sagt Hellmut Puschmann, der Ex-Präsident des Caritasverbandes: „Es gibt viele Methoden, sich dauerhaft zu ruinieren, eine der erfolgversprechendsten in Deutschland ist die Gründung einer mehrköpfigen Familie.“

Familie hat sich in ihrer Funktion und Struktur gewandelt. Anders als früher sind Kinder nicht mehr vorrangig für die soziale und ökonomische Absicherung ihrer Eltern verantwortlich. Das bedeutet, die Geburt von Kindern ist nicht mehr notwendig, um im Alter finanziell abgesichert zu sein. Paare in Deutschland gehen rechnerisch an die Fragestellung heran. Sie erleben in ihrem Umfeld, dass diejenigen, die Kinder bekommen, nicht so viel für das Alter sparen können wie sie selber: vielleicht erst später ein Haus kaufen, teure Mieten bezahlen müssen oder sogar so wenig Geld zur Verfügung haben wie Menschen, die Sozialhilfe erhalten. Für Paare stellt somit die Familiengründung ein Wagnis dar: Viele Paare entscheiden sich aus beruflichen und finanziellen Gründen gegen Nachwuchs, da es einen Verlust an realem Einkommen bedeutet, wenn einer der Partner zur Kinderbetreuung den Job aufgeben muss. Hierzu passt auch, dass diejenigen, die schon ein Kind haben, auch eher ein zweites bekommen.[38]

Deutschlands (potenzielle) Eltern sind der Meinung, dass die Infrastruktur in Deutschland nicht den Bedürfnissen von Kindern angepasst ist. Dies wird für viele Bereiche angemahnt wie z.B. Verkehrsplanung, Freizeitangebote, Wohnungsbau. Es

---

[34] Klein/Eckhard (2005): Kinderwunsch, Kinderzahl und Kinderlosigkeit bei Männern; Sonderauswertung des Familiensurvey, Heidelberg; zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ, S.6

[35] Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.6

[36] Klein/Eckhard (2005): Kinderwunsch, Kinderzahl und Kinderlosigkeit bei Männern; Sonderauswertung des Familiensurvey, Heidelberg; zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ, S.6

[37] FORSA (2005): Was brauchen junge Eltern? Repräsentativbefragung Februar 2005 und Institut für Demoskopie Allensbach: Einflussfaktoren auf die Geburtenrate (2004): Repräsentativbefragung, Allensbach; zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.6

[38] Pfundt Karen (2004): Die Kunst in Deutschland Kinder zu haben, Argon Verlag, S.9

fehlt an familienunterstützenden Dienstleistungen jenseits der Kinderbetreuung. 75% der Kinderlosen empfinden Deutschland als eher nicht kinder- und familienfreundlich. Deutschland ist zum Teil bereits kinderentwöhnt. Man hat wenig Verständnis für die Bedürfnisse von Kindern, die häufig als Störfaktoren empfunden werden.[39]
Emotionale Begriffe wie Glück und Erfüllung müssen in Deutschland wieder mit Familie verbunden werden.
Viel schöner als Karen Pfundt es in ihrem Buch „Die Kunst, in Deutschland Kinder zu haben“ schreibt, kann es kaum ausgedrückt werden. Führen Nachmittage mit den Kindern nicht immer wieder zum Wesentlichen des Lebens zurück. Was bedeutet das Lachen bei einem Kindergeburtstag. Ist es nicht ein erfüllender Ausgleich zum Beruf, der sonst fast alles wäre? Durch Kinder wird die eigene Familiengeschichte lebendig, wird Mann oder Frau wieder Kind, entdeckt Rollen und Verhaltensmuster, stellt sich als Mensch neu in Frage und kann sich weiterentwickeln und über Dinge nachdenken, die sonst nie angestoßen worden wären. Vielleicht gehen Erwachsene mit Kinder seltener ins Theater, aber dafür können sie die Kinderkultur als Erwachsener noch mal neu erleben. Im Urlaub können nicht mehr so viele Sehenswürdigkeiten besichtigt werden, doch was ist das im Vergleich dazu, stundenlang mit Kindern Erdhörnchen zu beobachten und zu füttern oder Eidechsen zu entdecken und zu verfolgen? Diese Aspekte vom Kinder haben und Eltern sein zu vermitteln, darum geht es auch in der Familienpolitik.

Fazit: Damit junge Menschen – öfter als heute – den Mut und den Willen zu einem Kind aufbringen, müssen verlässliche Rahmenbedingungen für Familien geschaffen werden, die Familien gezielt unterstützen. Politik muss sich wieder mehr an den Bedürfnissen von jungen Familien ausrichten. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss angestrebt werden und die Haltung zu Kindern und Familien muss sich verändern. Kinder zu haben muss wieder als Bereicherung und nicht ausschließlich als Belastung erlebt werden.

---

[39] FORSA (2005): Was brauchen junge Eltern? Repräsentativbefragung Februar 2005; zit. nach Monitor Familiendemographie des BMFSFJ 2005, S.6

# 3. Geburtenraten und Familienpolitik im europäischen Vergleich

## 3.1 Übersicht: Mutterschutz, Elternzeit und Transferleistungen in Europa

TABELLE 9: MUTTERSCHUTZ, ELTERNZEIT UND TRANSFERLEISTUNGEN IN EUROPA, 2002

| | Dauer des Mutterschutzes in Wochen vor und nach der Geburt | Dauer der Elternzeit in Monaten | Transferleistung in der Elternzeit Pro Monat (ohne Kindergeld) |
|---|---|---|---|
| Belgien | 7 und 8 | 3 oder 6 als Teilzeit | 536,65 € |
| Dänemark | 4 und 48 (davon 14 nur die Mutter) | 2,5 (zusätzlich 0,5 für Väter und 2 nur der Vater) | Im Mutterschutz: 90 % des vorherigen Gehalts, max. 1716 € (max. 429 €/Woche) Danach siehe Tab. 8 |
| Deutschland | 6 und 8 | 36 | 307 € für 2 Jahre oder 460 € für ein Jahr (Einkommensgrenzen siehe Abschnitt zum Erziehungsgeld) |
| Frankreich | 6 und 10 (zusätzlich 2 für Väter) | 36 | Im Mutterschutz: Nettoverdienst (max. 63 €/Tag) Danach: siehe Tabelle 8 |
| Großbritannien* | insgesamt 26 plus 26 Wochen (unbezahlt) | 13 Wochen pro Elternteil (unbezahlt) | Leistung während des Mutterschutzes: 90 % des durchschnittl. indiv. Einkommens für 6 Wochen und 100 Pfund für 20 Wochen; weitere 26 Wochen unbezahlt |
| | 2 bezahlte Wochen für Väter | | 100 Pfund pro Woche |
| Irland | Min. 4 und min. 4 | 14 Wochen | keine (Mutterschaftsgeld wird gezahlt) |
| Italien | 4 bis 8 und 12 bis 16 (gesamt max. 20) | 10 (plus 1, wenn der Vater 3 Monate nimmt) (bis zum 8. Lebensjahr) | Mutterschutz: 80 % des ausgefallenen Einkommens Danach: 30 % |
| Niederlande | 4 bis 6 und 10 bis 12 (insgesamt 16) | 13 Wochen | keine |
| Norwegen | Max. 12 und 39 bis 49 (zusätzlich 4 für Väter) | Siehe linke Spalte | 80 % des letzten Einkommens für 52 Wochen oder 100 % für 42 Wochen |
| Österreich | 8 und 8 | 24 | 436 € für 30 Monate; für 36 Monate, wenn der Vater sich beteiligt |
| Portugal | insgesamt 16 | 6 | keine |
| Finnland | 17,5 (zusätzlich 1 für Väter) | 6 (zusätzlich 0,5 für Väter) | 60 bis 70 % des letzten Einkommens |
| Schweden | 12 (zusätzlich 10 Tage für Väter) | 18 (2 exkl. für Väter) | 80 % des Einkommens für 13 Monate, dann pauschal 6,30 Kronen/Tag |
| Spanien | 16 | 36 | keine (Mutterschaftsgeld wird gezahlt) |

*Großbritannien: Regelung für Kinder mit Geburtstermin am oder nach 6. April 2003. Für alle anderen gilt ein Mutterschutz von insgesamt 18 Wochen.

Quelle: nach Bertelsmann Stiftung (2002), a.a.O., 35 (aktualisiert).

## 3.2 Was machen die anderen Länder in Europa mit höheren Geburtenraten anders?

In allen westeuropäischen Ländern verzichten Frauen heute eher auf Kinder als auf Selbständigkeit und berufliche Entwicklung. Sie entscheiden sich deshalb dort eher für Kinder, wo sie die besten Möglichkeiten haben, beides miteinander zu vereinbaren. In Westeuropa werden dort am meisten Kinder geboren, wo Gesellschaften die

Gleichstellung der Geschlechter am besten gewährleisten. Je moderner eine Gesellschaft und je größer die Emanzipation der Frauen, umso höher sind die Kinderzahlen.[40]

### 3.2.1 Frankreich

In Frankreich steigt mit zunehmender Bildung und gehobener Berufsstellung der Kinderwunsch an, statt zu sinken. Frankreich ist europaweit das Land mit den wenigsten Kinderlosen. Nur um die acht Prozent der Frauen bleiben dort ohne Kinder – ungefähr so hoch schätzen Statistiker die Rate der natürlichen Unfruchtbarkeit.[41] Die französische Familienpolitik ist seit dem Ende der siebziger Jahre darauf ausgerichtet, die Art der Kinderbetreuung zu diversifizieren und den individuellen Bedürfnissen vor allem für die Kleinkinder unter drei Jahren weitest möglich anzupassen. Zuschüsse für Mütter, die zu Hause blieben, entfielen. Das Geld floss stattdessen in Krippen- und Vorschulplätze. An der Umsetzung der französischen Familienpolitik sind zahlreiche Akteure beteiligt: Städte und Gemeinden, Départements, der CNAF (Bereich der Familienförderung der Sozialversicherung), private Vereine und Träger, Kirchen.

In Frankreich ist die Zuständigkeit für Kinder keine Privatsache. Dennoch gilt auch hier – sie ist vor allem „Frauensache“. Väter können immerhin seit 2002 einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub nehmen. Interessant ist, wie offensiv beispielsweise mit dem Einwand umgegangen wird, dass dies volkswirtschaftlich zu teuer sei. Die damalige Familienministerin Segolen Royal argumentierte: „Teuer ist es für eine Gesellschaft vor allem, wenn nicht genügend Kinder geboren werden und die Väter keine tiefe Bindung zu ihren Kindern bekommen.“[42]

Seit 2004 gibt es zudem eine Gebärprämie von 800 Euro pro Kind, die bereits vor der Geburt ausgezahlt wird. Es gibt eine Familienkasse mit Geburtsbeihilfen, Erziehungsgeld, Wohngeld, Unterstützung zum Schuljahresbeginn und Unterstützung für Alleinerziehende.[43] Vor allem die Steuerpolitik ist betont familienfreundlich. Das zu versteuernde Einkommen wird nicht für den Haushalt, sondern pro Kopf berechnet: jedes Kind verringert die Steuerschuld erheblich. Durchschnittsverdienende mit drei Kindern zahlen dank Kindersplitting überhaupt keine Einkommensteuer mehr. Im Durchschnitt wenden Familien mit Kindern unter drei Jahren für deren Betreuung im Jahr rund 2.100 Euro auf, und zwar nach Abzug aller Zuschüsse mit Ausnahme eventueller Steuerersparnisse.

Auch für Unternehmen gibt es Steuervorteile. Unternehmen werden in Frankreich durch Steuererleichterungen motiviert: Bis zu 60% für Ausgaben, die bei unternehmensinterner Kinderbetreuung anfallen, bekommen sie erstattet. So unterhält Smart in Hambach eine betriebliche Kindertagesstätte mit sehr flexiblen Zeiten.

### 3.2.2 Skandinavische Länder

Vor allem Schweden und Dänemark können hier als Vorbilder dienen. Der Staat liefert umfangreiche familiäre Dienstleistungen; Kinder sind keine Privatsache. Viele Eltern teilen sich die Zuständigkeit. Kinder zu haben bedeutet in diesen Ländern für Frauen keinen Nachteil. In Schweden denken gerade diejenigen mit sehr guter Ausbildung oft über ein drittes Kind nach – und bekommen es auch.

---

[40] Kröhnert Steffen (o.J.): Emanzipation oder Kindergeld, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, S.1

[41] Touleman; zit. nach Fagnani, Jeanne (2000): Un travail et des enfants. Petits arbitrages et grands dilemmes. Paris, S.20

[42] zit. nach Fagnani, Jeanne (2000): Un travail et des enfants. Petits arbitrages et grands dilemmes. Paris.

[43] „Die Familienkasse wurde bis 91 ausschließlich aus Arbeitgeberbeiträgen gespeist“, so Pfundt Karen (2004): Die Kunst in Deutschland Kinder zu haben, Argon Verlag

Die skandinavischen Länder zeichnen sich aus durch hohe Transfers: ein Elterngeld, welches zwei Drittel bis vier Fünftel des bisherigen Einkommens ersetzt, so dass gut verdienenden Frauen die Entscheidung für ein Baby erleichtert wird. Die Kinderbetreuung ist stark subventioniert. In diesen Ländern fällt vor allem die Einbeziehung der Väter auf. So gibt es einen Vaterschaftsurlaub direkt nach der Geburt und so genannte Papa-Monate, die verfallen, wenn Väter sie nicht nehmen. Wesentliches Kennzeichen ist auch eine andere Einstellung von Unternehmen gegenüber Kindern. Kjell Persson, ein mittelständischer Unternehmer, sieht die Qualität und Qualifikation, die mit der aktiven Elternschaft einhergeht: „Ein guter Vater ist auch ein guter Mitarbeiter. Wer mit einem schreienden Kind auf dem Arm die Nacht verbracht hat, den werfen auch komplizierte berufliche Anforderungen nicht um“.[44]

Gleichzeitig gibt es eine getrennte Besteuerung seit den 70er Jahren. Das ganze System ist darauf ausgerichtet, dass in der Regel beide Eltern arbeiten. Nur 25 Prozent der Schwedinnen sind mit kleinen Kindern gar nicht berufstätig, mehr als die Hälfte aller Schwedinnen arbeiten auch mit Vorschulkindern Vollzeit. In Dänemark haben Mütter mit kleinen Kindern sogar die höchsten Aktivitätsraten aller Frauen.[45]

Nicht nur die staatlichen Leistungen unterscheiden sich von den deutschen Leistungen. Auch die Einstellung zu öffentlicher Betreuung ist eine andere. In Deutschland ist Kinderbetreuung häufig privat organisiert durch die Frauen oder mit Hilfe der Verwandtschaft. Kinder in Einrichtungen zu geben ist eine Notlösung, wenn es anders nicht geht. Frauen, die ihre Kinder nicht selbst betreuen, werden als „Rabenmutter“ abgewertet. Knapp ein Drittel der deutschen Frauen unter 45 Jahren meint, dass ein Kleinkind unter der mütterlichen Erwerbsarbeit leide.[46]

In Schweden haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bis zum zwölften Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Und die Schweden sehen darin einen Anspruch im Sinne des Kindeswohls. Das wird nach Meinung der Schweden durch die frühe gemeinschaftliche Erziehung gefördert. 70% der Schweden halten sie schon für Kinder unter drei Jahren für förderlich. Bei älteren Kindern sind es 90%.[47] Diese hohe Zustimmung hat viel mit den gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern zu tun. Sie haben eine lange Ausbildung und werden auch dementsprechend gut bezahlt.[48] Auch in Dänemark wird die öffentliche Kinderbetreuung nicht nur als Erleichterung für Frauen gesehen, um guten Gewissens arbeiten zu gehen, sondern als Recht der Kinder auf Lern- und Entwicklungschancen.[49]

In Deutschland verändert sich langsam die Haltung und die Bewertung der öffentlichen Betreuung. Die PISA-Studie hat klar gemacht, dass Deutschland es sich nicht länger leisten kann, Bildung und Erziehung so zu privatisieren, wie es seit Jahrzehnten praktiziert wurde.

---

[44] zit. nach Pfundt Karen (2004): Die Kunst in Deutschland Kinder zu haben, Argon Verlag, S.29

[45] Pfundt Karen (2004): Die Kunst in Deutschland Kinder zu haben, Argon Verlag, S.10

[46] Pamela Oberhuemer/Michael Ulich (1997): Kinderbetreuung in Europa. Tageseinrichtungen und pädagogisches Personal, Weinheim und Basel, S.67ff.; zit. nach Pfundt Karen (2004): Die Kunst in Deutschland Kinder zu haben, Argon Verlag, S.53

[47] Björnberg Ulla; zit. nach Kolbe, Wiebke (2002): Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich 1945-2000, Frankfurt/Main, S.43; zit. nach Pfundt Karen (2004): Die Kunst in Deutschland Kinder zu haben, Argon Verlag, S.43

[48] Pfundt Karen (2004): Die Kunst in Deutschland Kinder zu haben, Argon Verlag, S.43

[49] Pfundt Karen (2004): Die Kunst in Deutschland Kinder zu haben, Argon Verlag, S.46

# 4. Begriffsklärungen als Grundlage familienfreundlichen Handelns

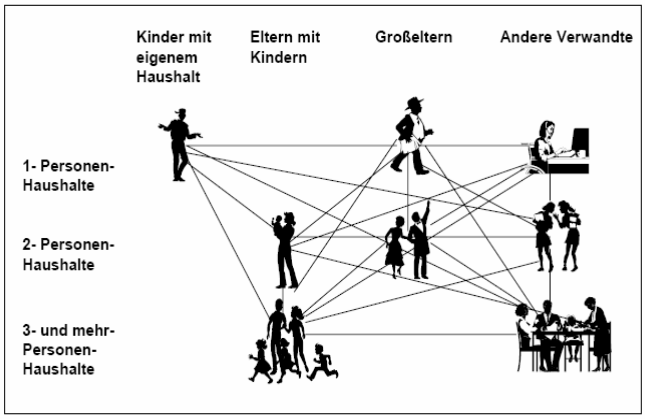
## 4.1 Begriff: Familie

Um Ziele für familienfreundliche Rahmenbedingungen festzulegen, müssen die Beteiligten einen Konsens darüber finden, welche Definition von Familie für ihr Handeln Grundlage sein soll. Eine allgemeingültig vorgegebene Definition von Familie gibt es nicht. „Unter dem Begriff Familie wird je nach weltanschaulicher Ausrichtung und Interessenslage Unterschiedliches verstanden, so dass es weder in Deutschland noch im internationalen Vergleich mit anderen Ländern der Europäischen Union einen Konsens darüber gibt, was unter ‚Familie' bzw. ‚familialen Lebensgemeinschaften' zu verstehen ist."[50]

Landläufig wird Familie als Haushaltsgemeinschaft von verheirateten Eltern mit minderjährigen Kindern interpretiert. Die meisten Kinder wachsen tatsächlich bei ihren leiblichen Eltern, die verheiratet sind und zusammen leben, auf. Gleichzeitig haben sich unter anderem infolge des Wandels im Heirats- bzw. Scheidungsverhalten von Frauen und Männern Familienstrukturen erheblich verändert. Familie findet in vielfältigen Lebens- und Beziehungsformen statt. Im vierten Familienbericht des Bundesfamilienministeriums findet sich die folgende Definition: „Familie kann unabhängig von räumlicher Zusammengehörigkeit als Folge von Generationen angesehen werden, die biologisch oder rechtlich miteinander verbunden sind".[51]

Eine noch weitergehende Definition und das folgende Schaubild finden sich in einer Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Familie ist als Netzwerk von Menschen zu begreifen, die zusammen in einem oder in mehreren verwandtschaftlich und generationenübergreifend miteinander verbundenen Haushalten leben."[52]

**Das Netzwerk Familie und die Vielfalt seiner Haushalte**




**Quelle: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung**

Diese Definition erscheint gut geeignet, den realen, unterschiedlichen und vielfältigen Lebens- und Beziehungsformen von Eltern und Kindern Rechnung zu tragen und bietet eine breite Grundlage für zielgerichtete familien- und kinderfreundliche Maßnahmen.

---

[50] Zit. nach Prof. Bert Rürup, Sandra Gruesco (2003) Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, S.6

[51] Vierter Familienbericht des BMFSFJ (1986) S.14

[52] Michaela Hellmann, Dr. Andreas Borchers (2002): Familien- und Kinderfreundlichkeit Prüfverfahren – Beteiligung – Verwaltungshandeln; Band 221 Schriftenreihe des BMFSFJ, S.23

## 4.2 Familienpolitik

Generell lassen sich unter Familienpolitik alle Maßnahmen verstehen, mit denen der Staat das Ziel verfolgt, das Wohlergehen von Familien positiv zu beeinflussen. In einer genaueren Definition umschreibt Familienpolitik direkte und indirekte finanzielle Transfers (z.B. Kinder- und Erziehungsgeld bzw. steuerliche Vergünstigungen) sowie Regelungen z.B. bezüglich Mutterschutz, Elternzeit und Einrichtungen der Kinderbetreuung.[53]

## 4.3 Familien- und Kinderfreundlichkeit

Hierfür gibt es keine einheitliche Definition, weil die Rahmenbedingungen des Familienlebens und damit die Bedürfnisse und Interessen von Familien sehr unterschiedlich sind. Kriterien für Familienfreundlichkeit müssen jeweils individuell entwickelt werden. In der politischen Diskussion wie auch in der Fachöffentlichkeit wurden jedoch einige Orientierungspunkte festgelegt.

Das Bundeskabinett benannte am 17. April 2002 drei Ansatzpunkte für eine nachhaltige Politik für eine kinderfreundliche Gesellschaft:

- Die wirtschaftliche Grundlage von Familien muss gestärkt werden.
- Das Angebot für die Betreuung von Kindern muss ausgebaut werden.
- Die ganze Gesellschaft muss sich stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren.[54]

Im Rahmen eines Bundesmodellprojektes „Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Kommune“ wurde Familien- und Kinderfreundlichkeit als eine zukunftsfähige regionale und kommunale Entwicklungsstrategie betrachtet, die ähnlich wie Stadtentwicklung, Stadtmarketing, Lokale Agenda 21, Flächenplanung, Bau und Sanierungsmaßnahmen mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit verbunden wird. Im Hinblick auf die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen beinhaltet eine nachhaltige Entwicklungspolitik die Aspekte: [55]

- *Sicherung der Basis an Einwohnerinnen und Einwohner:*
  Nachhaltige demographische Entwicklung bzw. Erneuerung im Generationenwechsel, Gesundheitsfürsorge

- *Sozialer Ausgleich und Verteilungsgerechtigkeit:*
  Armutsprävention, nachhaltige Integration von Migrantinnen und Migranten, Zugang zur Erwerbsarbeit etc.

- *Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit der Gesellschaft:*
  Entfaltung und Nutzung der Qualifikationen, Entwicklung der sozialen Kompetenzen wie Bereitschaft zu ehrenamtlichen Engagement, Leistungsfähigkeit der Kontakt- und Hilfsnetze, Offenheit für Veränderungen und globales, vernetztes Denken.

Diesen umfassenden Begriff von Familien- und Kinderfreundlichkeit bringen Hellmann und Borchers im Folgenden gut auf den Punkt: „Familien- und Kinderfreundlichkeit stellt eine Konkretisierung einer nachhaltigen sozialen Entwicklungspolitik dar, denn sie beinhaltet eine Zielentwicklung, die über die klassischen (intervenierenden)

---

[53] Prof. Bert Rürup, Sandra Gruesco (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, S.6

[54] Perspektiven für Deutschland – unsere Strategie für nachhaltige Entwicklung, S.39, siehe www.dialog-nachhaltigkeit.de, S.8

[55] Michaela Hellmann, Dr. Andreas Borchers (2002): Familien- und Kinderfreundlichkeit: Prüfverfahren – Beteiligung – Verwaltungshandeln; Band 221 Schriftenreihe des BMFSFJ, S.36

sozialpolitischen Elemente der Verminderung der Belastungen und Hilfen in Notlagen hinausgeht. Sie fördert Familien, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und ihre familialen Netzwerke im Sinne der langfristigen Sicherung der sozialen Strukturen und Entwicklungskompetenzen. Deshalb geht es nicht nur um die Sicherung des Status Quo oder um einzelne, zielgruppenspezifische Maßnahmen und Projekte der Sozialpolitik oder sozialverträglich gestaltete Planungen. Vielmehr handelt es sich um eine strategische Ausrichtung des gesamten kommunalen Handelns. Familien- und Kinderfreundlichkeit ist eine Querschnittsaufgabe, die tendenziell alle Handlungsfelder und Ämter betrifft und einen integralen Bestandteil der kommunalen Leistungen darstellt (bzw. darstellen sollte). Im Abwägungsprozess kommunaler Maßnahmen und Entwicklungen werden somit nicht nur technische, wirtschaftliche und ökologische, sondern auch soziale Belange systematisch einbezogen und praktisch umgesetzt. Letztlich geht es um ein umfassendes integratives Reformkonzept, mit dem strukturelle Vorraussetzungen und Anreize geschaffen, Fehlentwicklungen entgegengesteuert sowie Stärken und Qualitäten gesichert und ausgebaut werden. Es umfasst nicht nur Planungen und Angebote, sondern auch die Entwicklung familien- und kinderfreundlicher Verwaltungsstrukturen und -abläufe (Qualitätsmanagement, Effektivitätssteigerung etc.). Als solches kann Familien- und Kinderfreundlichkeit ein Qualitätsmerkmal und einen Erfolgsfaktor für eine nachhaltige kommunale Entwicklung insgesamt darstellen.“[56]

## 4.4 Merkmale für Familien- und Kinderfreundlichkeit im kommunalen Umfeld

Speziell für den Kontext von Kommunen entwickelten Hellmann und Borchers sechs „Merkmale der Familien- und Kinderfreundlichkeit“, die als Raster für die je örtliche Umsetzung dienen können:[57]

- *Vorhandensein von Lebens- und Entfaltungsräumen*
  Sowohl räumlich als auch kulturell erlebnisorientierte und anregende Lebens- und Entfaltungsräume bieten, die den Bedürfnissen von Kindern und Familien gerecht werden und die Persönlichkeitsentwicklung fördern.

- *Erleichterung der Entscheidung für das Leben mit Kindern*
  Familien- und kinderfreundliches Lebensumfeld, entsprechende Wohnbedingungen, familienergänzende Infrastruktur und ein familienfreundliches Klima bieten.

- *Entlastung von strukturellen Rücksichtslosigkeiten*
  Strukturelle Rücksichtslosigkeiten behindern Familien bei ihren Leistungen und Aufgaben. Familien- und kinderfreundliche Kommunen sorgen systematisch für die bewusste Wahrnehmung und den Abbau dieser Rücksichtslosigkeiten. Wohnungen und Wohnumfeld müssen den Bedürfnissen von Familien gerecht werden und innerhalb der Familienzyklen und -phasen angepasst werden können. Berücksichtigung von Erfordernissen von familialen Netzwerken in der Arbeitswelt (Vereinbarkeit von Familie und Beruf), kurze Behördenwege.

- *Hilfen in Notlagen*
  Belastungen und Notlagen von Familien, Kindern und Jugendlichen müssen frühzeitig erkannt und die betroffenen Familien so gestützt und

---

[56] Michaela Hellmann, Dr. Andreas Borchers (2002): Familien- und Kinderfreundlichkeit. Prüfverfahren – Beteiligung – Verwaltungshandeln; Band 221, Schriftenreihe des BMFSFJ, S.36f.

[57] Michaela Hellmann, Dr. Andreas Borchers (2002): Familien- und Kinderfreundlichkeit. Prüfverfahren – Beteiligung – Verwaltungshandeln; Band 221, Schriftenreihe des BMFSFJ, S.39ff.

gefördert werden, dass sie ihre Aufgaben und Leistungen wieder aus eigener Kraft erbringen können.

- *Stärkung der Leistungsfähigkeit der Familien und ihrer Netzwerke*
  Ein familien- und kinderfreundliches Umfeld ist gekennzeichnet durch Ermutigung, Anteilnahme, unterstützende Beratungen und Angebote sowie vor allem durch die notwendige Infrastruktur, um die Selbsthilfestrukturen und familialen Netzwerke zu sichern.

- *Stärkung der Leistungsfähigkeit der weiteren sozialen Netzwerke*
  Familien sind in ihrem engen Umfeld in unterschiedliche Netzwerke eingebunden (Nachbarschaft, Kontakt- und Hilfenetz, Freundschaften). Diese Netze müssen unterstützt, erleichtert und gefördert werden.

# 5. Familienpolitik in Deutschland

## 5.1 Analyse des Ist-Zustands

Eltern in Deutschland erhalten Kindergeld in Höhe von 154 € monatlich für das erste bis zum dritten Kind, für das vierte und weitere Kinder erhalten sie 179 €. Während der Erziehungszeit erhalten sie 307 € monatlich für den Zeitraum von 2 Jahren oder ein Jahr lang 460 € monatlich.

Der Mutterschutz geht über 14 Wochen (6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt).

In Deutschland fließt viel Geld in die Familienpolitik – je nach Abgrenzung 150 bis 165 Mrd. Euro jährlich. Damit gehören die deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familien zu den höchsten in Europa.[58] In den Familienlastenausgleich gehen 32 Mrd. Euro, für das Ehegattensplitting werden 22 Mrd. Euro aufgewendet und für die Kinderbetreuung 8 Mrd. Euro. Fast drei Viertel der deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie (71 Prozent) fließen in reine Transferleistungen wie Kinder- und Erziehungsgeld.[59]

Seit Januar 2005 gibt es zusätzlich noch einen Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern mit mindestens einem Einkommen. Diese finanzielle Leistung von 140 € ist einkommensabhängig und wird bis zu 36 Monaten gezahlt.

Zum Aufbau von schulischen Ganztagsangeboten wurde im Rahmen des Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ 300 Millionen Euro für das Jahr 2003, für den Zeitraum von 2004 bis 2006 eine Milliarde und 700 Millionen Euro für das Jahr 2007 von der Bundesregierung bereitgestellt.

Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe stehen den Kommunen, laut Bundesregierung, 1,5 Milliarden Euro zusätzlich für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung.

Die Elternzeit gehört mit 36 Monaten zu den längsten des Kontinents. In Deutschland setzen die familienbezogenen Sozialausgaben Anreize für Frauen, sich bei der Geburt eines Kindes ganz oder teilweise aus dem Erwerbsleben zurückzuziehen und mehrere Jahre zu pausieren. Das deutsche System macht eine lange Pause für ein Elternteil – meist die Mutter – attraktiver.

---

[58] Kröhnert u.a. (o.J.): S.10

[59] Kröhnert u.a. (o.J.): S.10. Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Kröhnert u.a. (o.J.), S.12.

## 5.2 Planungen und Vorhaben der Bundesregierung

Diese Familienpolitik weckt nicht den Wunsch, mehr Kinder zu bekommen. Die Bundesregierung will deshalb die Familienpolitik in Deutschland reformieren. Sie hat einen „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“[60] herausgegeben und folgende Kriterien für eine nachhaltige Familienpolitik benannt:

1. *Familienfreundliche Infrastruktur*
   Sichere Verkehrswege, bezahlbare Wohnungen, bedarfsgerechte Dienstleistungen, familienfreundliches Klima im Umfeld von Familien. Dieses Ziel soll durch lokale Vernetzung von Politik, Wirtschaft, Verbänden, Vereinen und Gewerkschaften in so genannten „Lokalen Bündnissen für Familie“ erreicht werden.

2. *Gute Kinderbetreuung*
   Das neue Tagesbetreuungsausbaugesetz zum Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten insbesondere für unter Dreijährige und Schulkinder soll die Erreichung dieses Zieles unterstützen.

3. *Balance von Familie und Beruf*
   Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll besser ermöglicht werden. Zu diesem Zweck wurde die „Allianz für Familie“ von der Bundesregierung ins Leben gerufen. Politik, Wirtschaft und Verbände setzen sich in diesem Zusammenschluss für das Ziel ein. Es wurden Studien durchgeführt, die widerlegen, dass sich die Erwerbstätigkeit der Eltern negativ auf die Entwicklung des Kindes auswirkt.

4. *Neue Leitbilder für Familiengründung*
   Zurzeit erfolgt die Familiengründung sehr spät. Durch gezielte Unterstützungsmöglichkeiten und den Ausbau der Kinderbetreuung wäre es möglich, schon während der Ausbildung eine Familie zu gründen. Dies erfordert ein gesellschaftliches Umdenken und neue Leitbilder in der Gesellschaft.

5. *Stärkung von Partnerschaft und Erziehungskompetenz*
   Hier sollen Familien wirksam unterstützt werden durch Familienbildung, Elternarbeit und Eltern-Kind-Programme.

6. *Gezielte monetäre Förderung*
   Die Familien, die einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind, sollen durch die finanzielle Unterstützung gezielter gefördert werden. Ein Beispiel ist der neu eingeführte Kinderzuschlag.

7. *Familienförderung durch Elterngeld?*
   Die Bundesfamilienministerin Renate Schmidt prüft derzeit, ob ein „Elterngeld“ als reale Lohnersatzleistung für das erste Lebensjahr eines Kindes eingeführt und damit das Erziehungsgeld abgelöst werden soll. Erreicht werden soll durch diese Maßnahme, dass sich mehr erwerbstätige Frauen für ein Kind entscheiden und sich mehr Männer an der Erziehungsarbeit beteiligen. Norwegen und Schweden praktizieren dieses Modell bereits und sie erreichen damit positive Effekte. (s.o.)

---

[60] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010

## 5.3 Anregungen und Empfehlungen

Weitergehende Empfehlungen finden sich in einer Untersuchung zum Thema „Wie sich die unterschiedlichen Kinderzahlen in Europa erklären“ vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Untersucht wurden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den westeuropäischen Ländern und die Auswirkungen auf die Geburtenrate.

Kröhnert[61] kommt am Ende dieser Untersuchung zu folgenden Empfehlungen für die deutsche Familienpolitik: Das Steuersystem muss stärker an der Existenz von Kindern ausgerichtet werden - nicht an der Ehe. Das derzeitige Steuersystem entlaste Ehepaare durch das Ehegattensplitting. Dabei haben vor allem solche Paare einen steuerlichen Vorteil, bei denen ein Teil viel und der andere wenig oder nichts verdient. Dies setze Anreize für den weniger verdienenden Partner, das ist meist die Frau, sich ganz oder teilweise aus dem Berufsleben zurückzuziehen. Das fördere die Abhängigkeit des geringer verdienenden Partners vom besser verdienenden. Es benachteilige zudem die ohne Trauschein zusammenlebenden Paare mit und auch ohne Kinder.

Krönert geht davon aus, dass in einer modernen Gesellschaft die Anreize anders gesetzt werden müssen. Sinnvoll sei, den Rückzug aus dem Beruf nur kurz zu subventionieren und stattdessen mehr Geld in Dienstleistungen zu investieren, die eine Erwerbstätigkeit auch mit Kindern ermöglichen. In diese Dienstleistungen wie die Finanzierung von Kinderkrippen, Kindergärten, Tagesmütter oder Haushaltshilfen fließen lediglich 29 Prozent der Sozialausgaben in Deutschland, in Frankreich sind es 45 Prozent, in Schweden 50 Prozent und in Dänemark 59 Prozent.

Weitere wichtige Maßnahmen auf dem Weg zu höheren Kinderzahlen sind seiner Meinung nach die Gleichbehandlung der Geschlechter im Arbeitsmarkt und die Sicherstellung einer Kinderbetreuung bereits ab dem ersten Lebensjahr.

Ulrich Deupmann meint sogar, dass Deutschland zur „Kinderrepublik“ ausgebaut werden müsse. Er betont die Notwendigkeit einer bestmöglichen Ausbildung unserer Kinder. Kinder für Deutschland seien das wichtigste Projekt für die nächsten Jahre. Trotz knapper Finanzen müsse gerade in diese Zukunftsbereiche investiert werden. Dies gelte in besonderem Maße für das rohstoffarme Land Deutschland, wo der größte Reichtum in den Bildungsreserven der Kinder liegt.[62]

# 6. Familienpolitik im Saarland

## 6.1 Analyse des Ist-Zustands

Neben den Transferleistungen des Bundes erhalten die Familien im Saarland seit August 2000 eine Beitragsfreistellung für das dritte Kindergartenjahr.[63] In Saarlouis, St. Wendel, sowie im Saar-Pfalz-Kreis wird bei Familien mit mehr als drei Kindern der Fahrpreis für öffentliche Verkehrsmittel bis zur Hälfte übernommen (Nachlass auf Schülerabopreise).[64] Außerdem erhalten kinderreiche Familien Zuschüsse zu

---

[61] Kröhnert Steffen (o.J.): Emanzipation oder Kindergeld. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, S.12

[62] Deupmann Ulrich (2005): Die Macht der Kinder, Fischer Verlag, S.8

[63] Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales (2004): Familienratgeber über Leistungen für Familien im Saarland, S.17

[64] Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales (2004): Familienratgeber über Leistungen für Familien im Saarland, S.39

Ferienmaßnahmen und Familienbildungsmaßnahmen.[65] Seit dem Schuljahr 2002/2003 besteht das Förderprogramm „Freiwillige Ganztagsschule“, welches das Ziel hat, ein möglichst verlässliches, flächendeckendes nachschulisches Bildungs- und Betreuungsangebot zu schaffen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.[66]

Für Kinder im Alter von 3-6 Jahren steht im Saarland ein flächendeckendes Betreuungsangebot in Kindertagesstätten zur Verfügung. Es gibt allerdings nur wenige begehrte Ganztagsplätze. Wie überall in Westdeutschland gibt es im Saarland einen großen Bedarf an ganztägigen Betreuungsmöglichkeiten und an Angeboten für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder. Kommen die Kinder in die Schule, ist eine vielleicht noch vorher mögliche Betreuung bis ca. 13.30 Uhr nur durch die „Dazubuchung“ eines Nachbetreuungsplatzes möglich. Die Grundschule endet häufig schon um 11.30 Uhr. Die weiterführenden Schulen, vor allem die Gymnasien seit der Einführung von G 8 im Saarland, sind in der Regel zeitlich so organisiert, dass sie bis in den Nachmittag hineingehen, aber die wenigsten bieten ein warmes Mittagessen an. Auf die schleichende „Werdung“ zur Ganztagsschule hat niemand reagiert. Flexible Angebote gibt es kaum. Die Betreuungsangebote gehen in der Regel noch vom Lebensmodell einer Teilzeit arbeitenden Mutter bzw. einer Hausfrau und eines Vollzeit arbeitenden Vaters aus.

## 6.2 Planungen und Vorhaben der Landesregierung

Die saarländische Landesregierung hat 2003 ein familienpolitisches Gesamtkonzept beschlossen. Über alle Politikfelder hinweg will die Landesregierung Familien in den Mittelpunkt ihres Handels stellen. Alle neuen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften sollen auf ihre Familientauglichkeit überprüft werden. Ziel ist es, auf allen Ebenen die Belange von Familien stärker als bisher zu berücksichtigen. Die Landesregierung definiert Familie in diesem Zusammenhang wie folgt: „Familie ist überall dort, wo Menschen generationenübergreifend füreinander Verantwortung übernehmen. Konkret: Dort, wo die Eltern die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder übernehmen, aber auch dort, wo Kinder ihre Eltern pflegen. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder.“[67]

Als Ziele der Landesregierung werden benannt:

- Mehr finanzielle Gerechtigkeit für Familien herstellen.
- Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklichen.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.
- Die Bildung und Betreuung von Kindern sichern und ausbauen.
- Soziale Fähigkeiten der Familie stärken und Benachteiligungen abbauen.
- Die Integration ausländischer Familien unterstützen.

Die saarländische Landesregierung will insbesondere

- alle neuen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften auf ihre Familientauglichkeit hin überprüfen (Familienverträglichkeitsprüfung).
- der Wahrnehmung von Familienaufgaben - insbesondere der Erziehung - zu größerer öffentlicher Anerkennung und Beachtung verhelfen.

---

[65] Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales (2004): Familienratgeber über Leistungen für Familien im Saarland, S.42

[66] Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales (2004): Familienratgeber über Leistungen für Familien im Saarland, S.39

[67] Homepage des Ministeriums für Inneres, Familie, Frauen und Sport (Stand Juni 2005): Familienpolitisches Gesamtkonzept „Familienverträglichkeit als Maxime für politisches Handeln der saarländischen Landesregierung“ (2005) und Familienpolitisches Gesamtkonzept der Landesregierung des Ministeriums für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales (Juli 2003)

- der Tabuisierung von Erziehungsproblemen entgegenwirken.
- Erziehungskompetenz in den Lehrplänen der Schulen stärker verankern.
- zur Verbesserung der Kooperation zwischen Eltern, Kindergarten und Schule weiter beitragen.
- die Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher insgesamt reformieren.
- sich auf Bundesebene für eine steuerrechtliche Regelung einsetzen, die nicht nur Ehegatten entlastet, sondern die Steuerlast an der tatsächlichen Belastbarkeit orientiert.
- auf Bundesebene weiter für ein Familiengeld eintreten, damit nicht nur für Kinder in der Sozialhilfe das Existenzminimum gesichert wird.
- das qualitativ hochwertige Betreuungssystem bedarfsgerecht ausbauen sowie verlässliche Öffnungszeiten in Schulen gewährleisten.
- Initiativen von Unternehmen, Betrieben, Organisationen der Industrie, des Handwerks und der Arbeitnehmer unterstützen, die eine bessere Berücksichtigung von Familienkompetenz als Qualifikation für die Erwerbsarbeitswelt zum Ziel haben.
- mit eigenen Maßnahmen als Arbeitgeber beispielhaft vorangehen, um familiengerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen und familiäres Erfahrungswissen stärker als bisher zu berücksichtigen.
- sich für den familiengerechten Ausbau und die Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den Gemeinden einsetzen.

Die Landesregierung des Saarlandes hat sich gerade aktuell[68] das Ziel gesetzt, das familienfreundlichste Bundesland zu werden. „Um dieses Ziel zu erreichen, soll im Saarland die Familie noch stärker in den Mittelpunkt gerückt und das Handeln noch stärker an den Bedürfnissen der Familie ausgerichtet werden“, sagt die Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport, Annegret Kramp-Karrenbauer. „Familienfreundliche Gemeinden, Städte und Landkreise sind das Herzstück eines familienfreundlichen Saarlandes. (...) Das Thema 'Familie' soll als Querschnittsaufgabe begriffen werden. Deshalb muss sich die familienfreundliche Gestaltung unseres Umfeldes durch alle Bereiche und Zeitabschnitte unseres Lebens ziehen, die Wohnwelt, die Arbeitswelt und die Welt der Freizeit. Es gilt, Kommunen und Unternehmen genauso in Projekte und Aktionen einzubeziehen wie Verwaltungen, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Gewerkschaften, Verbände, Vereine und Familien.“ Dies will die Ministerin in Kooperation mit der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erreichen.

Ein weiteres Ziel der Landesregierung ist es, in den nächsten zwei Schuljahren an allen selbstständigen Grundschulen ein Bildungs- und Betreuungsangebot mit Mittagsverpflegung bis 16.30 Uhr einzurichten. Kinder, die nicht an der Nachmittagsbetreuung teilnehmen, sollen auf Wunsch ihrer Eltern trotzdem in der Schule ein Mittagessen einnehmen können.[69]

# 7. Familienpolitik in Saarbrücken

## 7.1 Analyse des Ist-Zustands

Durch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gibt es eine flächendeckende Versorgung mit Kindergartenplätzen (in der Regel halbtags für 3-6 Jährige). Der Versorgungsgrad im Bereich von Ganztagsplätzen lag im Jahr 2000 bei insgesamt 20,66%. Krippenplätze gab es in Saarbrücken für 7,89% der unter Dreijährigen. Waren

---

[68] Pressemitteilung des Ministeriums für Inneres, Familien, Frauen und Sport des Saarlandes (11.05.2005)

[69] Aktuelle Information zur Studie „Grundschule der Zukunft“ des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes. Stand: 06.04.2005

zu Beginn der neunziger Jahre die klassischen Öffnungszeiten (8.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr) in den Kindertagesstätten noch weit verbreitet, so sind in Saarbrücken die Öffnungszeiten flexibilisiert worden. Mittlerweile bieten fast alle Regelkindergärten flexible Öffnungszeiten zwischen 7.00/7.30 Uhr und 13.00/13.30 Uhr an. Es gibt mittlerweile in vielen Einrichtungen in Saarbrücken die Möglichkeit erweiterte Plätze (bis 14.30 Uhr) zu buchen. Die Schulkinder haben neben den freiwilligen Ganztagsschulen (hauptsächlich für Grundschüler/innen) die Möglichkeit in einem der 21 Kinderhorte betreut zu werden. Die Landeshauptstadt verfügt außerdem über drei Ganztagsschulen mit einer Öffnungszeit von 8.00 – 15.45 Uhr.[70]

Die Landeshauptstadt Saarbrücken hat in ihrem ersten Kinderbericht eine detaillierte Bestandsaufnahme zur Lebenssituation von Kindern in Saarbrücken verfasst und damit ein Instrument geschaffen, um Entwicklungen in diesem Bereich gezielt angehen und kontrollieren zu können. Dort wird festgestellt: „Rückläufige Geburtenzahlen ermöglichen unter Einsatz freiwerdender Ressourcen neue Betreuungskonzepte zu realisieren und flexibler auf Betreuungsbedarfe zu reagieren. Eine weitergehende Altersmischung im Kindergarten nach unten wird damit möglich und könnte der Nachfrage nach Krippenplätzen entgegen kommen, ebenso wie Altersmischung nach oben den Hortbereich entzerren könnte.“[71] Diese Entwicklung ist heute in vollem Gange. Die Kindertagesstätten sind im Wandel. Die städtischen Kindertagesstätten sind damit befasst, ein bedarfsgerechteres Betreuungssystem anzubieten, und bauen ihre Kapazitäten im Bereich Ganztagsplätze und Angebote für unter Dreijährige aus. Nicht nur die bedarfsgerechte Betreuung ist den städtischen Kindertagesstätten in Saarbrücken ein Anliegen, sondern auch die Qualität dieser Betreuung. Integrative Angebote für Behinderte und nicht behinderte Kinder, Interkulturelle Erziehung, Bilingualität im Kindergarten, therapeutische Schülerhilfen und Schulpsychologischer Dienst ergänzen das Angebot.

Es stehen ansprechende und übersichtliche gestaltete Kinderstadtpläne für einzelne Bezirke zur Verfügung, in denen Kinderspielplätze, Betreuungsmöglichkeiten, Sportangebote, Angebote für Kinder, Treffpunkte, Ferienangebote und Beratungsstellen zu finden sind. Freizeitangebote wie Ferienprogramme, Angebote der Stadtbibliothek, der Musikschule, das Kinderkulturprogramm, ökologische, museums- und theaterpädagogische Projekte sowie die Angebote der Jugendzentren, Kindertageseinrichtungen und Gemeinwesenprojekte runden die vielfältigen kinderfreundlichen Maßnahmen ab.[72]

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Implementierung der Beteiligung von Kindern und Interessenvertretung für Kinder. Seit 1995 besteht in der Verwaltung das Referat „KidS“ (Kinder in der Stadt) und versteht sich als direkter Ansprechpartner, Lobby und Anwalt für Kinder und Kinderbelange. Neben einzelnen Projekten (Spielplatzplanungen, unterschiedlichen Ferienprogrammen, der Organisation des Weltkindertages, Einzelveranstaltungen u.v.a.) werden grundsätzlich die Belange der Kinder, die oft abteilungsübergreifend bearbeitet werden müssen, innerhalb der Stadtverwaltung als intermediäre Stelle netzartig organisiert, um so Kinderbedürfnissen besser gerecht werden zu können.[73] „KidS“ hat den 2002 erschienen ersten Kinderbericht über die Lebensbedingungen von Kindern in Saarbrücken verfasst. Beteiligungsverfahren mit Kindern und Jugendlichen mit dem formulierten Ziel „bespielbare Stadt“ werden in Zusammenarbeit mit Gemeinwesenprojekten, Schulen, Elternvertretungen, Kirchengemeinden und anderen Akteuren und Akteurinnen organisiert. Die Ergebnisse fließen dann z.B. in Bauplanungen, Planungen zur Gestaltung von Spielplätzen und auch in Konzepte der Landeshauptstadt ein.

---

[70] Erster Kinderbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken (2002), S.145
[71] Erster Kinderbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken (2002), S.118
[72] Erster Kinderbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken (2002), S.170 ff.
[73] Erster Kinderbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken (2002), S.241

Das Planungsamt der Landeshauptstadt Saarbrücken hat in Anlehnung an die Stadt Witten Kriterien für Kinderfreundlichkeit formuliert, anhand derer sowohl der „Ist-Zustand“ gemessen als auch Ziele für die Zukunft entwickelt werden können. An diesen Kriterien orientiert sich die Stadt bei ihren Planungen und Entwürfen. Inhaltlich bezieht sich der Kriterienkatalog auf die Punkte Infrastruktur, Lage und Erschließung, die baulich räumliche Struktur, die Verkehrsplanung und die Freiraumstruktur, Vegetation, Gesundheit und Sicherheit. Die Zusammenstellung formuliert für jeden Bereich zentrale Leitfragen und fragt bei jedem Aspekt nach den einzelnen Kriterien (siehe Anhang 1).[74]

## 7.2 Planungen und Vorhaben der Landeshauptstadt Saarbrücken

Im ersten Kinderbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken von 2002 werden Ziele definiert und Handlungsfelder für die zukünftige Arbeit mit und für Kinder benannt. Als Oberziel sollen Chancengleichheit und Optionen für die nachwachsende Generation hergestellt werden. Es gilt

- *junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern,*
- *helfen Benachteiligungen zu vermeiden und abzubauen und*
- *dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für Kinder und ihre Familien zu erhalten oder zu schaffen.*

Dies soll in folgenden Handlungsfeldern umgesetzt werden:

*Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und von Kindern und Jugendlichen an der zukunftsorientierten Entwicklung der Landeshauptstadt*

Die Beteiligung soll für die Beteiligten an ihrer Lebenswelt orientiert sein und sich auf stadtteilorientierte Lösungsansätze beziehen. Um dies stärker zu erreichen sollen bereits bestehende Netzwerke (z.B. Agenda-Gruppen), Gemeinschafts-initiativen wie Urban I, Urban II, das Programm „Soziale Stadt“, öffentliche und freie Träger, Gemeinwesenprojekte, Jugendhilfe, Vereine, Schulen, Einrichtungen und die Wirtschaft in dezentralen lokalen Vernetzungen für die Weiterentwicklung integrierter Handlungskonzepte zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Stadtteilen eine große Rolle spielen. Die Standortbestimmung und Zielfindung soll durch moderierte Beteiligungsverfahren wie z.B. Zukunftswerkstätten erfolgen.

*Betreuung und Bildung*

Das Betreuungsangebot für unter Dreijährige soll ausgebaut werden, in den Kindergärten soll die Zahl der Ganztagsplätze weiter erhöht werden und gemeinsam mit der Kultusverwaltung des Landes sollen die schulergänzenden Angebote für Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren verbessert werden. Außerdem werden Ziele in Richtung Qualität formuliert. Die Betreuungsangebote und Maßnahmen der Landeshauptstadt für Kinder sind dem Prinzip der Ganzheitlichkeit verpflichtet, sollen für alle Kinder gleiche Entwicklungs- und Bildungschancen bieten, integrative und interkulturelle Kompetenzen vermitteln und die geschlechtsbewusste Erziehung von Jungen und Mädchen fördern. Die Partizipation von Kindern und Eltern in den Einrichtungen sowie die Öffnung zum Gemeinwesen sind von zentraler Bedeutung bei der Ausgestaltung des pädagogischen Alltags. Entsprechend werden Kindergärten sowohl als Dienstleistungsbetriebe für Eltern als auch Lebens- und Lernraum für Kinder

[74] Erster Kinderbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken (2002): S.23

angesehen. Um diese Ziele zu erreichen werden folgende konkrete Maßnahmen für die Folgejahre vorgeschlagen:

- Schaffung von 200 erweiterten Kindergartenplätzen bis 2006 (7 Std. Öffnungszeit/Tag mit Mittagessen);
- Verdoppelung der jetzigen 70 Krippenplätze auf 140 Plätze für Kinder unter 3 Jahren (in 14 altersgemischten Gruppen) bis 2006;
- Einstieg in die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Wirtschaft.

*Qualitätsoffensive in der Bildung von der Krippe bis zur Universität*

Bildung wird dabei als ganzheitlicher, innerer Verarbeitungsprozess verstanden, an dem alle Sinne, Körper, Gefühle, Denken, Erinnerungen und Erfahrungen beteiligt sind. Ganz wesentlich ist in diesem Rahmen auch eine wegen der veränderten pädagogischen Erfordernisse notwendige Debatte über die berufliche Qualifizierung pädagogisch Arbeitender. Neben adäquaten Weiterbildungsmöglichkeiten ist eine solide Grundausbildung insbesondere für Erzieherinnen und Erzieher wünschenswert, die – wie die pädagogische Praxis der in der PISA – Studie mindestens gut bewerteten Länder zeigt – einer (Fach-)Hochschulausbildung mit entsprechendem Abschluss entspricht. Durch die Umsetzung eines adäquaten Gesamtprogramms sollen nachhaltig folgende Ziele erreicht werden:

- Verbesserung der Betreuungssituation der Kinder;
- Intensivierung des Bildungsauftrages der Kindertageseinrichtung (Pisa-Studie);
- Förderung von Chancengleichheit;
- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere von allein erziehenden Elternteilen;
- Stärkung des wirtschaftlichen Standortfaktors der Landeshauptstadt Saarbrücken.

*Elternarbeit*

Der Anspruch eines ganzheitlich orientierten Bildungs- und Betreuungskonzeptes soll sich nicht in einer ausschließlich kindzentrierten pädagogischen Arbeit erschöpfen. Das soziale Umfeld in Familien und Lebensgemeinschaften als Teil der pädagogischen Arbeit in den Bildungs- und Betreuungsprozess soll mit einbezogen werden. Das Thema Elternarbeit erhält in diesem Zusammenhang eine neue Dimension: In einer multinationalen und multikulturellen Gesellschaft – Familien mit Migrationshintergrund - werden entsprechend zusammengesetzte Teams erforderlich. Vor dem Hintergrund zum Beispiel schwieriger psychosozialer Problemsituationen sind Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit ausschließlich sozialpädagogischer Ausbildung überfordert. Deshalb müssen zumindest phasenweise weitergehende Fachkompetenzen in die Erziehungs-, Bildungs- und Elternarbeit einbezogen werden. Die Rolle des Kindergartens wird ebenso wie die der Grundschule als Einrichtungen im Stadtteil in diesen Zusammenhängen teilweise neu definiert. Die Entwicklung und Förderung von Medienkompetenz bei Kindern und ihren Eltern ist beispielsweise in o.g. Sinne eine Aufgabe, die nur unter Einbeziehung des familiären Umfeldes erfolgreich bewältigt werden kann.

In den nächsten Jahren sollen neben den bisher dargestellten Initiativen folgende Handlungsfelder die Saarbrücker Kinder- und Jugendpolitik prägen:

- *Verbesserung der gesundheitlichen Situation unter ganzheitlichem Ansatz;*
- *Integration von Kindern und ihren Familien mit Migrationshintergrund;*

- *Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming);*
- *Reduzierung von Gewalt und Herstellung von mehr Toleranz in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen.*

Die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern wird als eine komplexe Aufgabe gesehen, die mit einer ausschließlich am Kind orientierten pädagogischen Arbeit nicht zu bewältigen ist. Die erfolgreichen und zunehmend geforderten integrierten Problemlösungsansätze erfordern ihrerseits die Integration aller Potentiale, die an der Gestaltung der heutigen, in vielen Bereichen zwingend zu verbessernden Lebenswelt von Kindern beteiligt sind: Das sind einmal mehr Familie, Jugendhilfe und Schule.[75]

## 8. Familienfreundlichkeit in der Kommune

Vor dem Hintergrund der beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen, allen voran des demographischen Wandels, ist eine örtliche und regionale Familienpolitik für die (zukünftige) Entwicklung der Städte, Gemeinden und Kreise von strategischer Bedeutung. Die Zukunftsfähigkeit der Städte, Gemeinden, Kreise und Regionen, aber auch vieler Unternehmen hängt entscheidend davon ab, ob Familien mit ihren Kindern, zu pflegenden oder behinderten Angehörigen gerne dort leben und ob es ihnen gelingen kann, Erwerbs- und Familienaufgaben gleichermaßen befriedigend zu erfüllen. Kommunen haben dabei viele Gestaltungsmöglichkeiten, denn in den meisten Handlungsfeldern der örtlichen und regionalen Politik werden Entscheidungen getroffen, welche die Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten von Familien unmittelbar berühren. Bebauungs- und Siedlungsplanung, soziale Infrastruktur wie Schulen und Tagesbetreuung für Kinder und Pflegebedürftige, aber auch die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen oder Öffnungszeiten und Antragsverfahren der öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen sind Felder in denen familienfreundliches Handeln für Familien direkt spürbar wird. Auch betriebliche Arbeitszeitregelungen, Öffnungszeiten in Einzelhandel und Dienstleistung sowie die Anzahl und Qualität von Freizeit- und Kultureinrichtungen beeinflussen die Rahmenbedingungen für Familienleben.

Kommunen haben im Vergleich zu den anderen gesellschaftlichen Akteuren eine besondere Rolle und auch Verantwortung bei der Umsetzung der Familienpolitik, denn:

- Artikel 6 des Grundgesetzes verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden, die Institution Familie sowie die Familien selbst zu schützen und zu fördern. Diese Pflicht ist in zahlreichen gesetzlichen Regelungen aufgenommen, wie z.B. dem KJHG, EstG, BauGB, II. WoBauG; zudem haben Bund und Länder Kindergarten-, Weiterbildungs-, Wohnungsbauförderungsgesetze sowie zahlreiche Spezialregelungen auch unter der gesetzlichen Ebene geschaffen.

- Städte, Gemeinden und Kreise sind neben Bund und Ländern die originären Träger der Familienförderung als Teil der gemeindlichen Zuständigkeit und Selbstverantwortung (Art. 28 Abs. 2 GG).

Vor diesem Hintergrund sollte es in den kommenden Jahren weniger darum gehen, „ob“ das Thema örtliche und regionale Familienpolitik aufgegriffen wird, sondern darum, „dass“ und „wie“ dieses Handlungsfeld angegangen wird.[76]

---

[75] Erster Kinderbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken (2002), S.253 ff.

[76] Netzwerk-Infotext (2004): Handlungskonzept für eine örtliche und regionale Familienpolitik. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, S.1

## 8.1 Gestaltung der örtlichen und regionalen Familienpolitik

Damit Familienpolitik Gestalt gewinnen und ihre Wirksamkeit entfalten kann, ist es wichtig, sie als strategische Aufgabe der kommunalen Entwicklung gleichwertig neben den anderen Politikfeldern in Städten, Gemeinden und Kreisen zu etablieren. Dabei lebt Familienpolitik von der Integration zielgruppenspezifscher Politikansätze, insbesondere der Kinder- und Jugendpolitik, Gleichstellungspolitik, Seniorenpolitik, Integrationspolitik, Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitik. Diese Politikfelder behalten ihre Eigenständigkeit; sie werden aber um die übergreifende familienbezogene Perspektive erweitert. Mit einer strategischen Ausrichtung auf Familien- und Kinderfreundlichkeit können scheinbar nicht zusammenhängende Konzeptionen und Maßnahmen, z.B. der Jugendhilfe und der Altenhilfe sowie der wirtschaftlichen, kulturellen oder städtebaulichen Entwicklung, als Chance zur Stärkung der sozialen Strukturen genutzt werden. Zugleich kann in der Familienpolitik als Teil einer sozialen Strukturpolitik an viele Konzepte, Strategien und Maßnahmen der anderen Handlungsfelder angeknüpft werden, um Synergieeffekte zu erzielen.[77]

Andreas Borchers und Michaela Hellmann, die von 1999 bis 2001 zehn Kommunen in der Bundesrepublik in einem Bundesmodellprojekt begleitet haben, haben drei Bausteine entwickelt für ein Rahmenkonzept „Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Kommune“:[78]

- *Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung*
- *Beteiligung von Familien, Kindern und Jugendlichen*
- *Familien- und kinderfreundliches Verwaltungshandeln*

Vor dem Hintergrund dieser Bausteine wurden vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Instrumente und Verfahren für Kommunen erarbeitet, die in einem Online-Handbuch für Familien[79] veröffentlicht wurden. Die folgenden Empfehlungen sind diesem Familienhandbuch, dem Newsletter des ies (Netzwerk-Infotext, Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik) und den Veröffentlichungen der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden Württemberg[80] entnommen.

## 8.2 Familienfreundlichkeit im kommunalen Leitbild

Nach Meinung der Expertinnen und Experten des Handbuches wird durch die Verabschiedung einer familienpolitischen Leitlinie oder durch die explizite Berücksichtigung von "Familie" im kommunalen Leitbild ein auf die Zukunft gerichteter Orientierungspunkt geschaffen. Dieser ist für alle sichtbar und kann damit für die unterschiedlichen Akteure handlungsleitend werden. Die Verabschiedung einer Leitlinie oder eines Leitbilds kann den Aufbau familienfreundlicher Strukturen sowie die Entwicklung und Umsetzung familienpolitischer Maßnahmen auch insofern unterstützen, als die Beschlussfassung eine politische Absicherung darstellt, die dann längerfristig wirken kann. Sinnvollerweise sollten Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wohlfahrtpflege,

---

[77] Netzwerk-Infotext (2004): Handlungskonzept für eine örtliche und regionale Familienpolitik. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, S.1

[78] Michaela Hellmann, Dr. Andreas Borchers (2002): Familien- und Kinderfreundlichkeit. Prüfverfahren – Beteiligung – Verwaltungshandeln; Band 221, Schriftenreihe des BMFSFJ, S.14

[79] Online-Familienhandbuch (Stand Juni 2005): Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, Hannover. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), http://www.ies.uni-hannover.de/buefa1/

[80] Familienbelange in Politik und Verwaltung, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de

Kirchen usw. in diesen Prozess miteinbezogen werden. Gerade mit Blick auf die Umsetzung ist es notwendig, sich frühzeitig darauf zu verständigen, was beispielsweise unter Familienfreundlichkeit verstanden werden kann und welche Schwerpunkte konkret gesetzt werden sollen.[81]

Dahinter steht zum einen die Idee, die kommunale Entwicklung stärker als bisher über vorausschauende Zielvereinbarungen zu steuern und weniger durch konkrete tagespolitische Einzelentscheidungen (Neues Steuerungsmodell). Kommunale Leitbilder sind andererseits eine wichtige Grundlage für ein erfolgreiches Gemeinde- oder Stadtmarketing. Mit der Entwicklung eines Leitbildes vergewissert sich die Kommune ihrer besonderen Identität und Potentiale. Sie legt Ziele und Prioritäten für die künftige Entwicklung fest, um sich im Wettbewerb mit anderen erfolgreich behaupten zu können. Um geeignete kinder- und familienfreundliche Leitziele für die Kommune zu entwickeln und flächendeckend umzusetzen, sind Familienbericht und Familienfreundlichkeits-Prüfung hilfreiche Instrumente.[82]

## 8.3 Familienbericht

Für die zielgenaue Entwicklung von familienpolitischen Maßnahmen ist eine fachlich fundierte Basis notwendig. Erst eine regelmäßige Bestandsaufnahme bietet die Möglichkeit, übergeordnete familienbezogene Konzepte und Projekte in den unterschiedlichen Themenfeldern zu entwickeln. Gerade auch für die Verankerung familienpolitischer Erkenntnisse und Ziele in den Handlungsbereichen der unterschiedlichen Akteure ist es notwendig, eine klare und zugängliche Fundierung anzubieten, die hierfür den Bezugsrahmen darstellt. Insofern unterscheidet sich Familienberichterstattung auch nicht grundsätzlich von der Jugendhilfeplanung, der Altenhilfeplanung, der Schulentwicklungsplanung usw. Eine Besonderheit besteht aber darin, dass sie in ihrer generationen- und themenübergreifenden Sichtweise die Ergebnisse der anderen Planungen einbeziehen kann und soll. Um es bildlich auszudrücken: Die Hilfe- und Entwicklungsplanungen sind die Säulen, auf denen Familienbericht und Familienprogramm in ihrer ganzheitlichen, d.h. generationen- und themenübergreifenden Sichtweise das Dach bilden.[83]

Der Familienbericht beschreibt die Lebenssituation der Familien vor Ort, er macht eine Bestandsaufnahme der familienbezogenen Leistungen und analysiert den weiteren Bedarf. Der Familienbericht schafft eine Grundlage für die Entwicklung von Leitzielen und Prioritäten für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit. Er ist ein wichtiges Instrument für Planung und Überprüfung familienbezogener Leistungen. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der Lebenssituation und der kommunalen Angebote für Familien nimmt der Familienbericht in der Regel eine Bedarfsanalyse vor und leitet daraus Ziele und Maßnahmen für die künftige kommunale Familienpolitik ab (siehe Anhang 2: Mustergliederung).

Die regelmäßige Fortschreibung des Familienberichts ermöglicht Bedarf, Nutzen und Kosten von familienbezogenen Leistungen in der zeitlichen Entwicklung beurteilen zu können. Neue Problemlagen können frühzeitig erkannt und zuverlässig erfasst werden. Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit können auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

---

[81] Online-Familienhandbuch, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, Hannover. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend http://www.ies.uni-hannover.de/buefa1/

[82] Familienbelange in Politik und Verwaltung – Familienpolitik als kommunales Leitziel, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de (Stand Juni 2005)

[83] Online-Familienhandbuch, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, Hannover herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend http://www.ies.uni-hannover.de/buefa1/

Familienberichte bieten einen guten Anlass, um bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren und in die Familienpolitik einzubinden. Die Mitarbeit der zuständigen Fachämter und der freien Träger ist bei der Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse unentbehrlich und wird in der Regel in begleitenden Arbeitsgruppen organisiert. Darüber hinaus ist es sinnvoll, die Familien selbst und die örtliche Öffentlichkeit bei der Erstellung eines Familienberichts mit einzubeziehen, beispielsweise im Rahmen einer Befragung, Zukunftswerkstatt oder begleitenden Arbeitsgruppe. [84]

Beispiele: Familienbericht

Im Kreis Warendorf wurde die Erstellung eines Familienberichts und Familienprogramms mit wissenschaftlicher Begleitung des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) als kooperativer Prozess durchgeführt. Mit seinem generationenübergreifenden Ansatz konnten dabei Ergebnisse der bereits vorliegenden Jugendhilfeplanung und der Altenhilfeplanung einbezogen und um die „Familien-Perspektive“ ergänzt und erweitert werden. In fünf themenbezogenen Planungsgruppen haben 125 Personen aus verschiedenen Ämtern der Kreisverwaltung, der Städte und Gemeinden, Wirtschaftsförderung, Freien Trägern, Verbänden, Initiativen usw. Angebote und Bedarf zu Bereichen wie „Familie und Arbeitswelt“ oder „Netzwerk familienunterstützender Dienste“ zusammengetragen. Eine sechste „Bürgerinnen- und Bürgerplanungsgruppe“ diskutierte und ergänzte die themenbezogenen Ergebnisse. Zudem wurden die Familien über die Durchführung von Familienforen in allen Gemeinden des Kreises in den Prozess eingebunden, an dem somit insgesamt etwa 3.000 Menschen beteiligt waren. Im Bericht sind Empfehlungen ausgesprochen und zu einem Familienprogramm mit konkreten Umsetzungsschritten gebündelt. Die den Kreis selbst betreffenden Maßnahmen wurden vom Kreistag einstimmig beschlossen. (Ein Download ist unter http://217.110.205.153/private/aktuell/artikel4847.htm möglich.)

In Stralsund wurde der erste Familienbericht „Die kinder- und familien-freundliche Hansestadt“ (1994) durch die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem ies erstellt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Ämter entwarfen und lieferten dazu einzelne Textbausteine, z.B. zur Lage der Familien, zu den familienbezogenen Angeboten und Leistungen, den frauen- und familien-politischen Aufgabenstellungen und Maßnahmen sowie zur Sicherung und dem Ausbau als kinder- und familienfreundliche Hansestadt. (http://www.stralsund.de)

Ein Beispiel für einen thematisch orientierten Familienbericht stellt der vom Senat für Jugend und Soziales in Zusammenarbeit mit dem ies erarbeitete „Kinder-, Jugend- und Familienbericht“ der Freien Hansestadt Bremen dar, der zum Schwerpunkt „Familienbildung in Bremen“ erstellt wurde. Auf der Grundlage einer fachbereichsübergreifenden Befragung von Trägern der Familienbildung wurde eine breite Bestandsaufnahme der Angebote durchgeführt. Diese bezieht sich neben „klassischen“ Familienbildungsangeboten auch auf Bereiche und Träger der Gesundheitsförderung, der gesetzlich anerkannten Weiterbildung und andere Bereiche wie Bürgerhäuser oder Angebote zur Bewegungsförderung von Kindern für Lehrende, Erzieher/innen, Übungsleiter/innen und Eltern. Der Familienbericht enthält die Auswertung der Befragung und die daraus abgeleiteten Empfehlungen für die Weiterentwicklung sowie die Darstellung von konkreten Projekten zur Familienförderung (z.B. Einführung eines Erziehungsgutscheins).[85]

---

[84] Familienbelange in Politik und Verwaltung – Familienpolitik als kommunales Leitziel, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de

[85] Netzwerk-Infotext (2004): Instrumente der regionalen Familienpolitik. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, S.1

## 8.4 Familien - und Kinderfreundlichkeitsprüfung

Das Konzept einer Familien- und Kinderfreundlichkeits-Prüfung (auch „Familien-TÜV“ genannt) wurde Anfang der 90er Jahre entwickelt. Es basiert auf der Grundidee, dass Maßnahmen wie z.B. die Bauleitplanung daraufhin untersucht werden, wie sie sich auf das Leben von Familien und Kindern auswirken. Durch Familien- und Kinderfreundlichkeits-Prüfungen soll sichergestellt werden, dass die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien im kommunalen Handeln berücksichtigt werden. Angewandt werden diese Prüfverfahren vor allem in Bereichen der kommunalen Stadtplanung, der Wohnumfeldgestaltung und -sanierung. Mit der Verbreitung und Umsetzung in zunehmend mehr Kommunen sind weitere Bereiche wie Infrastrukturplanung, Erbringung kommunaler Leistungen und Arbeitswelt (z.B. Kommune als Arbeitgeber) hinzugekommen.[86]

Bei der Familien- und Kinderfreundlichkeits-Prüfung oder dem Familien-TÜV werden mittels Kriterienkatalogen oder Checklisten alle kommunalen Handlungsbereiche und Maßnahmen auf ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit hin untersucht. Bei erfolgreicher Prüfung kann ein Zertifikat oder eine Plakette (Familien-TÜV) vergeben werden.

Die Entwicklung der kinder- und familienfreundlichen Kriterien sollte nach Ansicht des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES), das auch die Prüfkriterien für Kommunen entwickelt hat, auf eine breite fachliche Basis gestellt werden, damit die Prüfung auch breite Akzeptanz findet. In der Regel sind daran alle kommunalen Fachbereiche sowie die freien Träger beteiligt. Die Familienfreundlichkeits-Prüfung kann von der Kommune in Eigenregie oder auch mit externer Moderation und Beratung durchgeführt werden.[87]

## 8.5 Beteiligung von Familien, Kindern und Jugendlichen

Ein wichtiger Garant ein familienfreundliches Gemeinwesen ist eine aktive Beteiligung und Mitsprache von Familien in kommunalen Angelegenheiten.

Die Beteiligung von Familien an Planungs- und Bauprojekten (Spielplatz, Schulhof, Jugendtreff, Wohnumfeld u.a.) ermöglicht, dass die Bauvorhaben den späteren Nutzerinnen und Nutzern stärker gerecht werden und mehr Akzeptanz finden. Eine solche direkte Beteiligung bietet sich insbesondere bei Einrichtungen an, die Eltern, Kinder und Jugendliche unmittelbar betreffen. Bei Planungs- und Bauprojekten gibt es sehr vielfältige und wirkungsvolle Möglichkeiten, Familien unmittelbar zu beteiligen. Besonders eignen sich Vorhaben, die Eltern, Kinder und Jugendliche direkt betreffen, wie z.B. die Neugestaltung von Spielplätzen, Schulhöfen oder die Aufwertung des Wohnumfeldes. Auch für die Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung oder im Rahmen eines Familienberichts ist es sinnvoll, Familien und Kinder mit einzubeziehen.

Je nach Anlass und Zielgruppe sind verschiedene Beteiligungsformen sinnvoll, z.B.:

- Stadtteilspaziergänge, bei denen Bewohnerinnen und Bewohner die guten und die schlechten Seiten des Stadtteils zeigen,
- Spielplatzbesuche, freies Spielen, Mal- und Modellieraktionen mit Kindern, um zu erfahren, was ihnen beim Spielen gefällt,

---

[86] Online-Familienhandbuch, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, Hannover herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend http://www.ies.uni-hannover.de/buefa1/

[87] Familienbelange in Politik und Verwaltung – Familienpolitik als kommunales Leitziel, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de

- Zukunftswerkstätten mit Jugendlichen, die Raum geben für Kritik, Phantasie und kreative Lösungen,
- Planungs-Workshops mit Arbeit an Bauplänen und Modellen,
- Mitmach-Aktionen bei der Neugestaltung von Spielplätzen, Schulhöfen u.a.[88]

Lokale Netzwerke, wie Familientische, Arbeitskreise Familienpolitik, Familienbeirat und Bündnisse für Familien fördern die Zusammenarbeit von familienpolitisch Aktiven, Kommunen, Kirchen, Verbänden und Wirtschaft mit dem Ziel, die örtlichen Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern. Die familienbezogenen Angebote und Leistungen können so stärker miteinander vernetzt und Familienbelange in allen Bereichen dauerhaft verankert werden.[89]

Die Ausgangsbedingungen für die Gestaltung der Kooperation und Vernetzung sind unterschiedlich. Sie sind abhängig zum Beispiel von der Größe der Kommune, den bestehenden Arbeitsstrukturen, politischen Kräfteverhältnissen und den familienpolitischen Bedarfslagen. Die verschiedenen Kooperations- und Vernetzungsformen können sich zu unterschiedlichen Themen und auch zu räumlichen Bezugsebenen der Familienförderung, wie z.B. in einem Stadtteil gründen. Je nach konkreter Zielsetzung verändern sich auch der Kreis der Teilnehmer und Teilnehmerinnen sowie die Funktionen von Kooperationen und Vernetzungen (Initiator-, Koordinierungsfunktion etc.). Zudem gibt es Formen unterschiedlicher Verbindlichkeit der Zusammenarbeit und der Umsetzung. Manche sind zeitlich begrenzt, andere als ständige Einrichtung angelegt. Dabei ist denkbar, dass mit „kleinen Lösungen“ begonnen wird und sich in der Zusammenarbeit verbindliche, sich wechselseitig verstärkende Formen herausbilden.[90]

Mögliche Beteiligungsformen sind aus anderen Bereichen bereits bekannt wie z.B. Befragungen, Zukunftswerkstätten, Planungswerkstätten. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit verbindliche Arbeitsstrukturen schaffen, wie z.B.:

- *Familien- und Nachbarschaftsforen*
- *Runde Tische, Familientische*
- *Familienbeiräte*

### 8.5.1 Familien- und Nachbarschaftsforen

Die Familien können ihre konkreten Anliegen in ein Forum einbringen. Dies könnten zum Beispiel Fragen zum Familienleben, der Kinderbetreuung, zur Kindererziehung sein oder auch Anregungen und Ideen für ein kinderfreundliches Wohnumfeld. Familien- und Nachbarschaftsforen sind in der Regel wohnortnah organisiert, auf Ortsteil- oder Stadtteilebene, im Einzugsbereich einer Kirchengemeinde oder eines Kindergartens. Die Idee, Familien ein Forum für ihre Anliegen zu geben, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement von Familien zu fördern, wird meist in Mütterzentren, in Familien- und Nachbarschaftstreffs in vielfältiger Trägerschaft umgesetzt.

Wichtig für den Erfolg ist, dass Familien solche Treffpunkte und Foren in ihrer Nähe antreffen und leicht Zugang dazu finden können. Gute Anknüpfungsmöglichkeiten bieten in dieser Hinsicht auch Kindergärten und Schulen. Durch aktive Elternarbeit können Familien verstärkt an Treffpunkte und Foren herangeführt werden. Durch

---

[88] Familienbelange in Politik und Verwaltung – Beteiligung von Familien und Familienbelangen, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de

[89] Familienbelange in Politik und Verwaltung – Familienpolitik als kommunales Leitziel, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de

[90] Netzwerk-Infotext (2004): Familienpolitische Arbeitskreise, Runde Tische und Lokale Bündnisse für Familie. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, S.1

Zusammenarbeit mit Trägern von Familienbildung und Familienberatung lassen sich Familienforen auch direkt an Kindergärten und Schulen etablieren. Dies bietet die Chance, auch solche Eltern zu gewinnen, die sich nicht ohne weiteres durch Bildungs- und Beratungsangebote angesprochen fühlen.[91]

### 8.5.2 Runde Tische / Familientische

Familien haben hier die Gelegenheit, ihre Erfahrungen, Wünsche und Probleme sowie den Bedarf und Verbesserungsvorschläge zu benennen. In der Regel wird ein Runder Tisch ins Leben gerufen, wenn es ein konkretes Problem gibt, das viele Menschen beschäftigt und angeht. Mittlerweile wurden in vielen Kommunen (z.B. im Rahmen von Landesprogrammen in Hessen und Bayern) auch Runde Tische bzw. „Familientische“ im Kontext der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung durchgeführt, um den Ideenreichtum und die Fachkompetenz der Betroffenen zusammenzuführen und die Kooperation aller Beteiligten zu ermöglichen. Insofern zeichnen sich Runde Tische dadurch aus, dass nicht nur Betroffene Platz nehmen, sondern Vertretungen der verschiedensten Institutionen und Gruppen sowie unterschiedlichen hierarchischen Ebenen zusammenkommen. Dazu zählen auch Politikerinnen und Politiker, Verwaltungsvertretungen, (Familien- und Frauen-)Verbände, freie Träger und je nach Fragestellung und Aufgabe auch Vertretungen der Wirtschaft. Für eine konkrete Themenstellung werden dann im gemeinschaftlichen Diskurs kooperative Lösungen entwickelt. Ziel bzw. Aufgabe eines Runden Tisches zur Familienpolitik kann sein:

- einen Problemaufriss vorzunehmen
- Lücken in den familienpolitischen Strategien und Angeboten zu definieren
- Ideen für eine Familienpolitik der Zukunft zu erarbeiten
- Lösungsversuche für konkrete Probleme anzubieten.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Erfolgswahrscheinlichkeit von Runden Tischen höher, wenn sie von vornherein projekt- bzw. aufgabenorientiert eingesetzt werden und sich nach deren Erledigung wieder auflösen bzw. in neuer Zusammensetzung neu konstituieren. Auch erfordern Runde Tische häufig Kompetenzen der Leitung und eine neutrale Moderation, die ggf. extern „einzukaufen“ ist.[92]

### 8.5.3 Familienbeirat

Ein Familienbeirat oder ein Arbeitskreis „Familienpolitik“ ist gedacht, um als beratendes Gremium den Stadt-/Gemeinderat bzw. den Kreistag bei der Entwicklung und Umsetzung familienpolitischer Ziele kontinuierlich zu unterstützen und zu beraten. Daneben erfüllt er zugleich die Aufgabe, den ständigen Abstimmungsprozess zwischen den unterschiedlichen Akteuren in der Kommune oder im Kreisgebiet zu fördern und familienpolitische Ziele und Initiativen in die beteiligten Organisationen hineinzutragen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist allerdings, dass der Arbeitskreis politisches Gewicht hat. Dieses Gewicht kann durch eine Zuordnung zum Stadtrat / Gemeinderat bzw. Kreistag und durch seine Zusammensetzung deutlich gemacht werden. Die Berufung der Mitglieder durch Bürgermeister, Bürgermeisterin bzw. Landrat oder Landrätin durch den Rat/Kreistag könnte diese Bedeutung für die Stadt, oder den Kreis unterstreichen. In der Zusammensetzung des Familienbeirates sollte die Vielfalt aller relevanten Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen zum Tragen kommen, die gemeinsam mit der Kommune / mit dem Kreis die Familien- und Kinderfreundlichkeit und somit die Förderung von Familien stärken (sollen). Je breiter

---

[91] Familienbelange in Politik und Verwaltung – Beteiligung von Familien und Familienbelangen, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de

[92] Netzwerk-Infotext (2004): Familienpolitische Arbeitskreise, Runde Tische und Lokale Bündnisse für Familie. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, S.3

die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Arbeitsgremium angelegt ist, umso besser kann die Entwicklung gemeinsam getragener und koordinierter familienpolitischer Entwicklungsstrategien und Maßnahmen gelingen. Der Familienbeirat oder Arbeitskreis „Familienpolitik“ sollte dazu ein Initiativ- bzw. Eingaberecht zur Behandlung familienpolitischer Belange in kommunalen Gremien und Ausschüssen besitzen. Es ist sinnvoll folgende Gruppen und Personen einzubeziehen:

- Vertretungen örtlicher / regionaler Familienverbände, der freien Wohlfahrtspflege, von Familien-Selbsthilfeinitiativen, der Familienbildung
- familienpolitisch aktive Arbeitgeber, Gewerkschaften, Wohnungsgesellschaften
- Vertretungen aus der Verwaltung sowie der Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung/des Kreises
- Vertretungen der Kirchengemeinden, der Schulen, der Kultureinrichtungen sowie anderer öffentlicher Bereiche
- die Leitung der Verwaltung oder des Dezernats[93]

Der Familienbeirat / Arbeitskreis sollte drei- bis viermal jährlich zusammentreten. Es kann dabei sinnvoll sein, den Vorsitz des Beirates der Leitung der Verwaltung oder des zuständigen Dezernats zu übertragen. Der Beirat kann für die Dauer einer Wahlperiode, für spezifische Arbeitsaufgaben oder für einen längeren Zeitraum berufen werden. Ein solcher Familienbeirat oder Arbeitskreis ist als Verantwortungsverband zu verstehen und verkörpert eine moderne Form der Zusammenarbeit. Als Koordinationsgremium stimmt er über den familienpolitischen Bedarf, Lösungsansätze und Maßnahmen ab.[94]

Beispiel: Familienbeirat Leipzig

Die Stadt Leipzig hat ein großes Interesse daran, sich zu einer Stadt zu entwickeln, die Familien, Kindern und Jugendlichen günstige Lebensbedingungen bietet. Sie will deshalb gerade diese Bevölkerungsgruppe in Gestaltungsprozesse einbeziehen, denn Kinder und Familien bedeuten für eine Stadt Lebendigkeit und Zukunft. In der Stadt Leipzig sind in einem Kinder- und Familienbericht deshalb folgende Ziele festgeschrieben:

- Die Stadt soll als lebenswerter Raum für Kinder und Familien gestaltet sein.
- Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien sollen sensibel wahrgenommen und verbessert werden.
- Soziale Ausgewogenheit und Durchmischung soll gefördert werden.

Als Instrumente für die Umsetzung wurden verschiedene Beteiligungsgremien entwickelt, die sich zum großen Teil nun schon jahrelang bewährt haben. Zu nennen sind hier insbesondere folgende:

- Kinder- und Familienbeirat
- Runder Tisch für Kinder und Jugendliche
- Kinder- und Jugendlichenvertretung "Voice" (im Aufbau)
- Jährliche Tagung für Kinder und Jugendliche "Haben Kinder Recht(e)?"
- Gesamtelternrat / Stadtelternrat

---

[93] Netzwerk-Infotext (2004): Familienpolitische Arbeitskreise, Runde Tische und Lokale Bündnisse für Familie. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, S.2

[94] Netzwerk-Infotext (2004): Familienpolitische Arbeitskreise, Runde Tische und Lokale Bündnisse für Familie. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, S.2

- Kinderbüro Leipzig sowie diverse Beteiligungsprojekte (Schulen, Freizeiteinrichtungen, Kindertagesstätten).

Um bei kommunalen Entscheidungen die o. g. Zielstellungen stets im Auge zu behalten, wurden als Prüfverfahren in Leipzig entwickelt:

- Kinderfreundlichkeitsprüfung (obligatorisches Prüfverfahren für kommunale Entscheidungen, durchgeführt seit 1997)
- Dienstanweisung der Stadtverwaltung zur Beteiligung von Kinder und Jugendlichen in kommunalen Entscheidungsfeldern (seit 2002)

Zur Berichterstattung und Bewertung wurden bisher die Kinder- und Familienberichterstattung der Stadt Leipzig, eine Evaluation der Kinderfreundlichkeitsprüfung durch die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig sowie eine Evaluation der Umsetzung der Dienstanweisung „Beteiligung Kinder / Jugendliche“ durch diese Hochschule genutzt.

Der Kinder- und Familienbeirat in Leipzig:

Dem Kinder- und Familienbeirat wurde von dem Stadtrat die Aufgabe übertragen, das Wissen über die Lebensbedingungen von Familien mit Kindern zu vertiefen und die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien stärker in die Öffentlichkeit zu rücken. Er berät den Stadtrat und die Stadtverwaltung bei inhaltlichen und organisatorischen Fragen, die geeignet sind, die Situation von Kindern und ihren Familien wirksam zu verbessern. Bei widersprüchlichen Interessen zwischen Fach- und Familienorientierung soll er Empfehlungen für Entscheidungsprozesse im parlamentarischen Raum vorbereiten. Der Beirat erstellt Teilberichte zur Kinder- und Familienberichterstattung, die in die Sozialberichterstattung als integrative Bausteine einfließen.

Zusammensetzung des Beirats:

- Vorsitzende der Kinder- und familienrelevanten Fachausschüsse
- Vertreter/Vertreterinnen der Stadtratsfraktionen
- Vertreter/Vertreterinnen aus der Stadtverwaltung
- Vertreter/Vertreterinnen öffentlicher Bereiche und freie Träger.

Die Mitglieder werden für eine Wahlperiode berufen. Den Vorsitz hat die Leitung des Dezernates Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule. Die Geschäftsstelle wurde im Jugendamt eingerichtet. Der Kinder- und Familienbeirat führt jährlich vier Sitzungen durch.

Die Idee des Beirates entstand im Zusammenhang mit einem Rundbrief zur örtlichen und regionalen Familienpolitik. Der Stadtratsbeschluss zur Bildung eines Kinder- und Familienbeirats erfolgte im Jahr 1996. Dieser konstituierte sich im Jahr 1997. Der Arbeitsauftrag war zunächst zeitlich begrenzt vorgesehen und betraf die Erstellung des Berichtes zur Lage der Kinder und Familien der Stadt Leipzig. Der Bericht wurde Ende 1999 vorgelegt. Der Kinder- und Familienbeirat löste sich daraufhin jedoch nicht auf. Er wurde als Instrument implementiert, was eine kontinuierliche Arbeit ermöglicht. Der Kinder- und Familienbeirat ist in vielfältiger Weise aktiv. In einem jährlich aufgelegten Arbeitsprogramm werden die Arbeitsakzente festgelegt.

(Infos unter: www.leipzig.de)

### 8.5.4 Lokale Bündnisse für Familie

Lokale Bündnisse sind ein Zusammenschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit dem Ziel, etwas für Familien zu bewirken. Grundgedanke ist, dass über eine Vernetzung lokaler Verantwortlicher, Unternehmen und Institutionen eine wechselseitige Nutzung vorhandener Informationen und Handlungsanleitungen angestoßen werden kann. So kann eine effektive Unterstützung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, die keine Kapazitäten für aufwändige Informationsbeschaffung und teure Beratungsprozesse haben, erreicht werden und gleichzeitig eine Entlastung der Kommunen aus der Organisation und Alleinzuständigkeit.
79 Prozent der Befragten glauben, dass Lokale Bündnisse für Familien ein familienfreundlicheres Klima vor Ort bewirken werden, Frauen meinen dies zu 82 Prozent, Männer zu 76 Prozent.[95]
Die Aktion „Lokale Bündnisse für Familien“ geht auf eine Initiative des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend zurück.

Lokale Bündnisse für Familien können sowohl Runde Tische, wie Familienbeiräte, wie auch Arbeitsgruppen zu bestimmten familienpolitischen Themen sein. Sie sind örtlich unterschiedlich organisiert und treten unter verschiedenen Namen auf. Sie können sich in einem Stadtteil oder Wohnquartier bilden, auf Gemeindeebene, innerhalb eines Kreises oder einer Region. Häufig entstehen solche Bündnisse aus anderen Arbeitskontakten, z.B. im Rahmen von Jugendhilfe-Aktivitäten, Kriminalprävention oder Agenda 21.

Lokale Bündnisse für Familien setzen sich zumeist bestimmte Themenschwerpunkte: z.B. Verbesserung der Kinderbetreuung in Zusammenarbeit mit den örtlichen Unternehmen, Förderung des Wiedereinstiegs in den Beruf, Verankerung von Elternarbeit und Familienbildung an Kindergärten und Schulen, Integration von Familien ausländischer Herkunft oder familiengerechtes Wohnumfeld.

Ein Servicebüro des Bundesfamilienministeriums bietet Projektberatung für Familienbündnisse an.[96] Beratung bietet auch das Bund-Länder-Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik.[97] Das Online-Handbuch des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies)[98] bietet Argumente und Anleitung zum Aufbau von Netzwerken und informiert über aktuelle Beispiele.

## 8.6 Familien- und kinderfreundliches Verwaltungshandeln

### 8.6.1 Familienfreundlicher Bürger- und Bürgerinnenservice

Über die verschiedenen Familienphasen hinweg nehmen Familien und ihre Angehörigen ein breites Spektrum von örtlichen Angeboten und Leistungen in Anspruch, angefangen von der Geburt, über Kindergarten und Schule, über Wohnbauförderung, Wohngeld und Sozialhilfe bis hin zu Familienberatung, Erziehungsberatung und Hilfen für pflegebedürftige Angehörige. Eltern sind darauf angewiesen, ihre Verwaltungsgänge irgendwo auf dem Weg zwischen Arbeitsstätte, Kindergarten, Schule, Einkaufszentrum, Großeltern und Wohnung mit zu erledigen. Wichtig sind deshalb kurze Wege zur Verwaltung.

---

95 http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Newsletter/Zukunft-Familie/2004-01/Medien/lbff-emnid-grafik-2,property=bild.jpg
96 Homepage der Initiative www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de
97 Homepage des Netzwerks für örtliche und regionale Familienpolitik www.ies.uni-hannover.de
98 Online-Familienhandbuch (Stand Juni 2005): Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, Hannover. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), http://www.ies.uni-hannover.de/buefa1/

### 8.6.2 Büro für Bürgerinnen und Bürger

Optimal ist ein Büro, das die häufig nachgefragten Dienstleistungen bündelt und aus einer Hand anbietet. Öffnungszeiten auch am Abend oder am Samstag kommen Berufstätigen entgegen. Lange Wartezeiten sind zu vermeiden, gerade Kinder haben wenig Geduld. Im Zuge der Verwaltungsreformen fassen immer mehr Kommunen die publikumsrelevanten Dienststellen in Büros für Bürgerinnen und Bürger zusammen. Hier erhalten sie verschiedene Verwaltungsdienstleistungen aus einer Hand, die vormals auf viele Zuständigkeitsbereiche und Gebäude verteilt waren (An- und Abmeldungen, Pässe, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss, Sozialhilfe, Familienpässe usw.). Teilweise werden auch Dienstleistungen aus den Bereichen Energieversorgung, Nahverkehr, Post, Tagesmüttervermittlung, Babysitterservice usw. mit angeboten. Für die Kunden entfallen unnötige Wege und Wartezeiten, was insbesondere Familien mit Kindern zugute kommt.

Empfohlen wird, die Öffnungszeiten der Büros auf Familien- und Arbeitszeiten auszurichten, beispielsweise mit einem Dienstleistungsabend oder Öffnungszeiten am Samstag. Auch Sprechzeiten nach Vereinbarung werden angeboten. Bei publikumsrelevanten Ämtern sollte auf einen barrierefreien Zugang und eine familienfreundliche Ausstattung geachtet werden. Kinderspielbereiche in den Aufenthaltszonen helfen den Eltern die Wartezeiten zu erleichtern und ermöglichen ihnen, ihre Angelegenheiten in Ruhe zu regeln. Auch eine kindergerechte Ausstattung der Sanitärbereiche (Wickeltisch, Toiletten für Kinder, ausreichend Platz) ist hilfreich.[99]

### 8.6.3 Wegweiser für Familien

Um die verschiedenen Ämter, Einrichtungen und Angebote für Familien besser überschaubar und zugänglich zu machen, ist es sinnvoll Wegweiser für Familien in Form von Willkommensbroschüren, Begrüßungspaketen oder Familienhandbüchern herauszugeben. Diese enthalten in der Regel ein Anschriftenverzeichnis aller wichtigen Ämter und Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Initiativen sowie eine Übersicht der Angebote in den Bereichen Soziales, Schule, Kultur und Freizeit für neu zugezogene Familien oder werdende Familien. Die Broschüren sind meist kostenlos und bündeln dabei ein relativ breites Spektrum an Informationen, um das (Ein-)Leben als junge Familie zu erleichtern.[100]

### 8.6.4 Info-Telefon / Internet Service

Info-Telefone sind für Familien nützlich, um schnell Angebote, Adressen, Öffnungszeiten, Zuständigkeiten und Ähnliches erfragen zu können. Solche Auskünfte lassen sich bequem von zu Hause einholen, ohne dass man sich mit den Kindern auf den Weg machen muss. Voraussetzung ist allerdings ein guter Telefon-Service mit kurzen Warte- und Vermittlungszeiten, kompetenter Auskunft und Weitervermittlung.

Mit den modernen Möglichkeiten der Telekommunikation lässt sich ein Info-Telefon für Familien auch im Verbund von Trägern organisieren (automatische Rufweiterleitung). Diese Möglichkeit erlaubt es, mit begrenztem personellem Aufwand ein regelmäßig besetztes Info-Telefon zu familiengerechten Zeiten anzubieten. Das Internet wird zunehmend zu einem wichtigen Weg in die Verwaltung. In jungen (Familien-)Haushalten ist das Internet inzwischen recht weit verbreitet. Immer mehr Kommunen bieten auf ihren Internetseiten Informationen über die lokalen Einrichtungen und Angebote für

---

[99] Familienbelange in Politik und Verwaltung – Familienfreundlicher Bürgerservice, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de

[100] Familienbelange in Politik und Verwaltung – Familienfreundlicher Bürgerservice, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de

Familien. Häufig lassen sich auch wichtige Formulare aus dem Internet herunterladen, die Fahrt zum Amt bleibt dann erspart.[101]

Beispiel: Hanau – die zeitbewusste Stadt

Anfang 1996 initiierte das Hanauer Frauenplenum eine Diskussion über die Zeitgestaltung in der Stadt. In Zusammenarbeit mit zahlreichen Partnern wurde darauf hin das Projekt "Hanau – die zeitbewusste Stadt" entwickelt und mit der Realisierung begonnen. Im öffentlichen Raum sollen Zeitabläufe, Öffnungszeiten, Arbeitszeiten, Kinderbetreuungszeiten, Verkehrszeiten etc.) an die Tagesabläufe von Familien angepasst werden. Damit wird das Ziel verfolgt, Alltagsstress zu reduzieren, der durch Zeiten entsteht, die nicht aufeinander abgestimmt sind.

Durch eine bessere – zeitliche – Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll berufstätigen Müttern und Vätern mehr Zeit zur Verfügung stehen und auch Männern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Vaterrolle zu übernehmen. In Hanau wurde mit Hilfe einer Zeituntersuchung aus dem Jahr 1998 die Problemlage analysiert. Seitdem werden themenorientierte "Runde Tische“ und Fachtagungen durchgeführt. Neben dem Frauenplenum, das auch die Struktur des Projektes entwickelt hat, beteiligen sich Hanauerinnen und Hanauer in Workshops, bei "Runden Tischen“ und in Befragungen.

In einem flexiblen Betreuungsmodell können Kinder in den Zeiten von 6 bis 7 Uhr und 17 bis 19 Uhr von einer Tagesmutter betreut werden. Es wurde ein Vertrag mit der Firma „Heraeus“ abgeschlossen. Das Unternehmen kann über die Verwaltung eine Tagesmutter anfordern, wenn bei Eltern im Betrieb die Betreuungsperson ausfällt oder eine besondere Betreuungszeit, z. B. durch Fortbildung, erforderlich ist. Zudem stellt die Stadt dem Unternehmen Notplätze in einer Kindertagesstätte zur Verfügung. Im Jahr 2000 beschloss der Magistrat, dass die Ämter der Verwaltung ihre Arbeitszeiten nach Bedarf ausrichten, wobei auch die Bedürfnisse der Eltern zu berücksichtigen sind. Die Teilnahme der Stadt Hanau am „Audit Beruf und Familie“ wurde ganz wesentlich durch das Projekt mit angestoßen. Für Hanauer Unternehmen wurden schließlich spezielle Informationsveranstaltungen und Seminare zur Thematik familiengerechte Personalpolitik durchgeführt.

(Infos unter: www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de)

## 8.7 Familienpass als ein Instrument zur Förderung und Aktivierung von Familien

Ein weiteres Instrument zur Förderung der Lebensqualität für Familien ist die Einführung eines Familienpasses - mancherorts auch Familienkarte, Family-Card oder Stadtpass für Familien genannt. Der Familienpass richtet sich in der Regel an kinderreiche Familien, Familien mit geringem Einkommen und / oder in besonderen Lebenslagen und -phasen. Er wird einkommensunabhängig vergeben oder beinhaltet abhängig von der Bedürftigkeit Staffelungen im Zusammenhang mit bestimmten Leistungen. Häufig ist auch die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder entscheidend.

[101] Familienbelange in Politik und Verwaltung – Familienfreundlicher Bürgerservice, Internetportal der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamt Baden Württemberg, www.familienfreundliche-kommune.de

Über die bezugsberechtigten Personen muss im Stadt- oder Gemeinderat abgestimmt werden.

Zielgruppen der Familienpässe sind üblicherweise:

- Familien mit einer größeren Kinderzahl und dem Bezug von Kindergeld
- Familien in besonderer Lebenslage wie Alleinerziehende, Familien mit pflegebedürftigen oder behinderten Angehörigen, von Arbeitslosigkeit Betroffene oder von staatlichen Transferleistungen abhängige Familien

Häufig zählen auch Familien bzw. Kinder und Jugendliche in besonderer Lebensphase wie Eltern im Studium, Zivil- oder Wehrdienstleistende, Kinder und Jugendliche in Schul-/Berufsausbildung dazu. Oftmals werden die Pässe nicht nur für die Eltern ausgestellt, sondern die Kinder (im Alter ab 6 Jahren) erhalten „Teilpässe“, damit sie die Vergünstigungen auch dann in Anspruch nehmen können, wenn sie nicht in Begleitung ihrer Eltern sind.

Leistungen, die Bestandteil eines Familienpasses sein können:

- *Gebühren für kommunale Abgaben und Förderung*
  - Zuschüsse zum Wassergeld, zu Müllabfuhrgebühren und zu den Energiekosten

- *Wohneigentumsbildung*
  - Preisnachlässe beim Erwerb von Baugrundstücken
  - Vergabe von Grundstücken in Erbpacht an bestimmte Zielgruppen
  - Bauhilfen für Familien durch Familiendarlehen

- *freizeitorientierte, kulturelle und bildungsbezogene Leistungen*
  - freien oder ermäßigten Eintritt in kommunale Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken und Museen
  - Preisnachlass für kulturelle Veranstaltungen
  - Ermäßigungen bei Kindertagesstätten-Beiträgen oder Schulgebühren (z.B. Musikschule)
  - Zuschüsse zu Schülerspeisungen oder Klassenfahrten
  - Nachlässe bei Fahrten per Bus, Straßen-, S- und U-Bahn
  - Vergünstigungen bei Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Ferienprogrammen
  - Ermäßigungen bei Kursgebühren der Erwachsenen- und Familienbildung, Ausleihen von Büchern, (Video-) Kassetten, CDs etc.

Als ergänzendes Instrument gibt es in vielen Kommunen ferner spezielle Leistungen von Sponsoren und Sponsorinnen, die Kinder, Jugendliche und ihre Familien über eine Feriencard oder einen Ferienpass vergünstigt nutzen können. Solche Vergünstigungen können z.B. sein:

- Ermäßigungen z.B. beim Kauf von Kinderkleidung oder Kinderbüchern, Musik-, Märchen- und Videokassetten oder Schul- und Schreibutensilien
- Restaurants können ein ermäßigtes Sparmenu oder ein einmaliges kostenloses Kinderessen anbieten

Betriebe können die Familienpass-Angebote der Kommunen finanziell fördern. Sie können aber auch einzeln oder im Verbund mit anderen Unternehmen eigene Leistungen für kinderreiche oder besonders bedürftige Familien bzw. für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen anbieten, z.B.:

- Zuschüsse für die Autoreparatur eines Familienwagens, für eine gesunde Ernährung der Kinder, zu Arzneimitteln oder zur Prävention von Bewegungsmangel bei Kindern, Jugendlichen und Eltern bzw. pflegenden Angehörigen

Sie können – auch unabhängig von einem Familienpass – Kinder- und Familienfeste finanzieren und / oder durchführen, eine „Tafel für die Kommune“ organisieren, indem gespendete Lebensmittel gesammelt und an die Familien weitergegeben werden.

Wenn eine Kommune die Einführung eines Familienpasses beschließt, empfiehlt es sich, zunächst von den familienpolitisch Aktiven, zusammen mit den Sponsoren und Sponsorinnen bestimmen zu lassen, welche Ziele mit dem Pass verfolgt werden. Soll es in erster Linie um finanzielle Entlastungen von Familien, um die Erleichterung des Zugangs zu kulturellen Einrichtungen gehen, oder sollen Familien vor allem angeregt werden, die bestehenden familienbezogenen Angebote und Leistungen zu nutzen, etwa um ihre Fähigkeiten und Kompetenzen in den Bereichen „Bildung – Erziehung – Versorgung“ zu erweitern etc. [102]

Beispiele: Familienpass

Der Cloppenburger Familienpass hat zum Ziel, zur Förderung der Familien beizutragen und ihnen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Stadt zu ermöglichen. Dabei wird zugleich an die Organisationen und Institutionen appelliert, ihrerseits zur Förderung der Familien einen vergünstigten Zugang zu Veranstaltungen zu gewähren. Der Pass wird auf Antrag für Familien mit Hauptwohnsitz in Cloppenburg nach Vorlage des Kindergeld- bzw. Steuerbescheids von der Stadt ausgestellt und mit einer Passnummer versehen.

Als kostenloser Familienpass steht er den folgenden Zielgruppen zur Verfügung:

- Familien sowie allein erziehenden Müttern und Vätern mit mindestens drei Kindern;
- allein erziehenden Müttern und Vätern ohne im selben Haushalt lebende (Ehe-) Partner oder Partnerin mit mindestens einem Kind;
- Familien bzw. Alleinerziehenden mit einem in Cloppenburg gemeldeten behinderten Kind, für das ein Grad der Behinderung von mind. 50% festgestellt ist und Kindergeldanspruch besteht.
- Einen gebührenpflichtigen Familienpass für 12 Monate können Familien und Alleinerziehende, die nicht in diesen Berechtigtenkreis fallen, beantragen, solange ihnen Kindergeld gewährt wird und das / die Kind(er) mit erstem Wohnsitz in Cloppenburg gemeldet ist / sind.

Die Vergünstigungen beinhalten:

- ermäßigte Eintrittspreise bei kulturellen Veranstaltungen der Stadt und in der Stadthalle
- Gebührenbefreiung bei Erstellung von Kinderausweisen
- monatlicher Zuschuss zu Kindergartengebühren
- Klassenfahrtzuschuss (bei Fahrten von mehr als zwei Tagen)
- ermäßigter Freizeitbad-Eintritt
- Zuschuss zur Abwasserbeseitigungsgebühr, gemessen an der Zahl der Kinder
- Museumsdorf-Familienkarten

[102] Netzwerk-Infotext (2004): Familienpolitische Arbeitskreise, Runde Tische und Lokale Bündnisse für Familie. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, S.1ff.

Um den Familienpass vor dem Hintergrund der finanziellen Situation auch weiterhin zu sichern, wurde das Leistungsspektrum eingeschränkt; Bauhilfen, Ermäßigungen bei Weiterbildungsveranstaltungen oder die Förderung nachschulischer Betreuung entfielen. Infos unter: www.cloppenburg.de.

Die Stadt Bremen hat im Rahmen des Modellprojekts „Fit für Familie“ einen Bildungsgutschein als Anreizsystem und präventives Angebot eingeführt, um insbesondere Familien zu erreichen, die Angebote von Familienbildung und Familienunterstützung bisher nicht genutzt haben. Ziel ist, Schwellenängste abzubauen und dadurch Vätern, Familien mit Migrationshintergrund sowie vor allem „bildungsfernen“ Familien zu vermitteln, dass Erziehungsprobleme zur normalen Entwicklung gehören und die Annahme von Beratung kein Stigma darstellt.

Ermöglicht wird der Bildungspass durch ein breites Netzwerk von Partnerinnen und Sponsoren aus den Bereichen Einzelhandel und Dienstleistung, Kultur und Freizeit, Bildung, Medien, Freie Träger der Wohlfahrtspflege etc., die sich für ein familien- und kinderfreundliches Bremen einsetzen. Der Bildungspass in Form eines Couponheftes enthält Gutscheine, die für die Teilnahme an einem Schnupperangebots, einem Kurs, Vortrag oder Workshop bei den jeweiligen Sponsoren eingelöst werden können, z.B. für:

- einen kostenlosen Familieneintritt für 4 bis 6 Personen zum Eislaufhallen-, Museums- oder Kinobesuch
- Rabatt beim Einkauf von Baby- und Kinderkleidung
- ein kostenloses Kinderessen oder ein Sparmenu
- eine Ermäßigung bei Weiterbildungsveranstaltungen der VHS und des DKSB, des Mütterzentrums, Pro Familia etc.

Der zweite Baustein ist ein Elternmobil. Ein Kleinbus fährt in die Stadtteile, um Familien mit einer Mischung aus Spiel, Spaß und Informationen über Eltern- und Familienangebote niedrigschwellig zu erreichen. Ein pädagogisches Team informiert gemeinsam mit Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus den Stadtteilen über die Angebote. Durch türkisch- und russischsprachige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen können auch Familien mit Migrationshintergrund angeregt werden, sich mit den Angeboten der Familienbildung zur Unterstützung der familiären Erziehung und Stärkung der elterlichen Kompetenzen vertraut zu machen. Infos unter: www.bremer-elternnetz.de.

## 8.8. Babyprämie

Womit Frankreich Erfolg hat, wollen jetzt auch Kommunen in Deutschland ihre Kinderzahlen erhöhen. Was in Zeiten knapper Kassen zunächst utopisch wirkt, füllt bei genauerem Hinsehen genau diese.
Die Hunsrück-Gemeinde Ellern hat eine Babyprämie für jeden neuen Erdenbürger eingeführt. Jedes neugeborene Kind erhält eine Prämie und Vergünstigungen im Wert von 1.000 Euro, so Ortsbürgermeister Dietmar Tuldi. Der einstimmige Beschluss des Gemeinderates sei ein Signal für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit.
Die Hunsrück-Gemeinde Ellern mit rund 900 Einwohnerinnen und Einwohner leidet unter rückläufigen Geburtenraten. Im Jahr 2005 hat erst ein Mädchen das Licht der Welt erblickt. Auch der kommunale Kindergarten hat Nachwuchsmangel. Deshalb erhält jedes Neugeborene 250 Euro als Sparbucheinlage, einen Gutschein über 250 Euro zum Besuch des Kindergartens und weitere 500 Euro zur Nutzung zusätzlicher

Betreuungsangebote. Die Vergünstigungen sind nach Angaben von Tuldi in der so genannten „Ellern-Card“ zusammengefasst. [103]

## 8.9 Familienfreundliche Betriebe als Standortvorteil

In vielen Städten und Gemeinden werden die ortsansässigen Unternehmen in die Netzwerke für Familien mit eingebunden. Betriebe haben ein hohes Interesse daran, ihren hoch qualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine Infrastruktur zu bieten, die sie in den Betrieben hält oder sie in die Unternehmen lockt. Auch die Saarbrücker Betriebe fragen zahlreich beim Amt für Kinder und Jugendliche nach, um Kindergartenplätze für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kaufen.
Es wird künftig wichtiger für Unternehmen, Standortvorteile in der Konkurrenz um Arbeitsplätze anbieten zu können. Viele Betriebe investieren schon in Form von Public–Private-Partnership in der schon begonnenen Konkurrenz um Köpfe nicht nur in Kinderbetreuung, sondern auch bereits in Schulen. In der Wirtschaft setzt sich immer mehr die Einsicht durch, dass sich Familienfreundlichkeit auszahlt – und zwar gerade in ökonomischer Hinsicht.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels bedeuten für die Betriebe ein schon jetzt spürbares schwierigeres Anwerben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Zunahme von weiblichen Beschäftigten erfolgt auch bereits jetzt und ist notwendig. Betriebe merken, dass sie auf die Veränderungen in der Lebenswelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reagieren müssen wie:

- Zunahme Alleinerziehender
- Notwendigkeit von zwei Einkommen, um Familie finanziell abzusichern
- Pflege älterer Menschen
- Weniger Kundinnen und Kunden – verstärkte Konkurrenzsituation (Imagefaktor)

Betriebe sind empfänglich für Win-Win - Situationen. Familienfreundliche Betriebe sind eine Win-Win-Situation, bei der alle Beteiligten profitieren:

- *Nutzen für die Gesellschaft*
- *Nutzen für Familien, die Unterstützung im Alltag benötigen*
- *Der Staat wird bei der Umsetzung sozialpolitischer Aufgaben unterstützt und erzielt höhere Steuereinnahmen durch mehr Erwerbstätigkeit*
- *Nutzen für die Unternehmen*
    - Identifikation, Motivation, Kreativität und Leistungsvermögen
    - Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen werden entlastet und haben bessere Entwicklungsperspektiven, die mit Familie vereinbar sind.
    - Das Unternehmen kann Kosten einsparen und hat Wettbewerbsvorteile gegen über Unternehmen ohne familienfreundliche Maßnahmen.

Zudem belegen mittlerweile zahlreiche Untersuchungen, dass familienfreundliche Unternehmenspolitik handfeste betriebswirtschaftliche Vorteile bringt. Der Monitor Familienfreundlichkeit[104] gibt beispielsweise erstmals repräsentativ Auskunft zum Stand der Familienfreundlichkeit in deutschen Unternehmen. Er ist eine repräsentativ angelegte Unternehmens-Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln gemeinsam mit den vier Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft. Knapp die Hälfte der Geschäftsführer und Personalleiter stufen die Bedeutung von familienfreundlichen Maßnahmen als wichtig ein. Zwar haben viele Unternehmer erkannt, dass sich

[103] http://www.epd.de/rheinland_pfalz_saarland/rheinland_pfalz_saarland_index_2447.html
[104] IW-Trends (2003) Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft?

Familienfreundlichkeit rechnet. Trotzdem hat Familienfreundlichkeit nach wie vor keine Priorität in Unternehmen.

Die am weitesten verbreitete familienfreundliche Maßnahme bleibt die Arbeitszeitflexibilisierung, die von mehr als drei Viertel der Unternehmen angeboten wird. Eine Kreative Zeitpolitik scheint ein wichtiger Schlüssel zu mehr Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt zu sein. Über 40 Prozent der Unternehmen unterstützen die Familien in der Kinder- und Angehörigenbetreuung, meistens durch die Möglichkeit der kurzfristigen Arbeitsunterbrechung bei Krankheit des Kindes. Nur jeweils zwei Prozent haben einen eigenen Betriebskindergarten bzw. eine -kinderkrippe. Zwei Drittel der Unternehmen würden mehr familienfreundliche Maßnahmen anbieten, wenn ein entsprechender Bedarf von den Mitarbeitern signalisiert würde.

Die Prognos-Studie[105] ist die erste Studie, in der betriebswirtschaftliche Vorteile für Betriebe errechnet wurden. Gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer hat die Prognos-AG anhand der Controllingdaten von zehn klein- und mittelständischen Unternehmen mit familienfreundlichen Maßnahmen eine Rendite von etwa 25 Prozent auf diese Investitionen nachweisen können. Niedrige Überbrückungs-, Fluktuations- und Wiedereingliederungskosten führen zu Einsparpotenzialen.

Es wurde das Szenario einer Familien-GmbH entwickelt: Dort stellte sich heraus, dass bei einem Aufwand für familienfreundliche Maßnahmen in Höhe von rund 300.000 Euro eine realisierte Kosteneinsparung von 375.000 Euro erreicht werden kann. Besonders die Firma Fraport profitiert vom Kosteneinsparpotenzial. Hier lag das Potenzial bei über einer Million Euro pro Jahr. Dieses Potenzial ist natürlich als theoretische Größe zu verstehen, welches die Summe aller durch eine unzureichende Vereinbarkeit von Beruf und Familie entstehenden Kosten im Unternehmen abbildet. Selbst kurzfristig betrachtet übersteigt der betriebswirtschaftliche Nutzen die Investitionen deutlich und auch für kleine und mittlere Betriebe rechnet es sich gewaltig. Einbezogen in die Berechnungen war auch die Saarbrücker Sparkasse, welche für die Beschäftigten in Elternzeit ein umfangreiches Kontakthalte- und Qualifikationsangebot bereithält. Beschäftigte in Elternzeit können an fachlichen Fortbildungen und auch frauenspezifischen Seminaren teilnehmen. Als Effekt noch weitergehender Maßnahmen merken die Verantwortlichen u.a. eine stärkere Karriereorientierung und höhere Weiterbildungswünsche der wieder eingestiegenen Beschäftigten. Die Sparkasse Saarbrücken hat dafür das „Total-E-Quality“ Prädikat erhalten.

## 8.10 Familienfreundlichkeit als Markenzeichen

Es gibt immer wieder Wettbewerbe auf Bundes- und Länderebene um familienpolitische Maßnahmen und Fortschritte in Kommunen, Kreisen oder auch Betrieben festzuhalten und fortschreiben zu können. Daneben werden Zertifizierungen von familienfreundlichen Städten und Gemeinden oder/und Unternehmen durchgeführt, die auf Vorbilder aufmerksam machen und weiterhin Anreize für andere Kommunen, Betriebe etc. bieten, sich selbst entsprechend zu engagieren. Bisher werden solche Wettbewerbe und Zertifizierungsverfahren in der Regel von Bund oder Ländern veranstaltet bzw. durchgeführt.

Das Audit FAMILIE & BERUF z.B. orientiert sich an einer Idee aus den USA. In New York entwickelte das „Families & Work Institute“ den „family-friendly-index“ (1991). Er gibt an, wie familienbewusst Unternehmen handeln und beruht auf Untersuchungen und Bewertungen von Großunternehmen aus der "Fortune 1000" - Liste. Es ist mittlerweile ein anerkanntes Instrument innovativer Personalpolitik. Immer mehr Firmen vergleichen ihre Personalpolitik im Hinblick auf "Familienbewusstsein" miteinander,

[105] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2003): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen

evaluieren die einzelnen Maßnahmen und entwickeln sie gezielt weiter. Dazu lassen sie sich freiwillig nach einem Punktesystem bewerten. Das Interesse der Unternehmen an dieser Bewertung wächst nicht zuletzt deshalb, weil ein positives Gutachten auch beachtliche Werbeeffekte bedeutet. Das Unternehmen Johnson und Johnson wurde beispielsweise im Jahr 2002 für seine Familienfreundlichkeit ausgezeichnet. Johnson & Johnson ist eines der weltweit größten und das in seinem Produktspektrum vielfältigste Unternehmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge. Besonders bezeichnend ist das Motto der Firma: Welcome to our family. Hier gelingt es, die Firma als Familie auch emotional abzubilden. Wenn dann noch die Verantwortlichkeit vor Ort stimmt, dann schafft dies das notwendige Klima.

Prädikate und Auszeichnungen gibt es auch in Deutschland zahlreiche, das Audit Familie und Beruf hat sich auch hier durchgesetzt. Prädikate und Auszeichnungen für in Saarbrücken ansässige Firmen gab es bereits folgende:

- Sparkasse Saarbrücken - Total e-quality
- Universität des Saarlandes - Audit familiengerechte Hochschule
- Mercedes - Aequitas Preis des Saarlandes

Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Baden-Württemberg vergibt einen eigenen Preis für familienfreundliche Betriebe. Hessen hat ein Prädikat für „die familienfreundliche Kommune“. Der Aequitas-Preis des Saarlandes hat diesen Charakter noch nicht erreicht, vermutlich weil er nicht flankiert transportiert wird. Eine Ansiedlung im Wirtschaftsministerium statt im Frauenministerium könnte da hilfreich sein.

Was für Betriebe gilt, gilt auch für Kommunen. Familienfreundlichkeit ist ein zentraler Standortfaktor. Geht es bei den Firmen und Bindung und Gewinnung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie auch um ihre Kundschaft, so geht es in den Kommunen vor allem um die Bürgerinnen und Bürger.

Durch Wettbewerbe und Zertifizierungsverfahren können auch Kommunen ein Instrument schaffen, um örtliche und regionale Maßnahmen der Familienpolitik zur nachhaltigen Sicherung und Ausgestaltung eines familien- und kinderfreundlichen Lebensraumes anzuregen und auszuzeichnen. Zugleich bieten solche Verfahren Möglichkeiten, im interkommunalen und regionalen Wettbewerb Standortvorteile im Sinne des örtlichen bzw. regionalen Marketings zu erzielen.

# 9. Fazit

Der demographische Wandel und die Folgen sind in Saarbrücken noch nicht spürbar. Dies wird sich laut aller Prognosen schon in den nächsten Jahren ändern. Es kommt daher darauf an, den Weg von der Demographie zur Strategie zu finden. Der demographische Wandel in einer Kommune kann aktiv mitgestaltet werden. Denn die Art und Weise, in der die Kommunen auf die kommenden Herausforderungen reagieren, wird über die künftige Entwicklung von Standorten entscheiden. Für die Landeshauptstadt Saarbrücken ist es daher erforderlich, eine lokalspezifische Strategie zu entwickeln und damit die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen. Sie kann von den Wanderungsbewegungen in die Stadt profitieren und hat gute Voraussetzungen im interkommunalen Wettbewerb, wenn sie Anstrengungen unternimmt junge Menschen langfristig zu halten und für neue junge Familien attraktiv bleibt.

Sie hat bereits jetzt Familien und Kindern eine Menge zu bieten. Die Angebote für Kinder und Familien sind, wie beschrieben, vielfältig und attraktiv. Fraglich ist ob Informationen über die Angebote genügend bekannt und leicht erreichbar für Familien bzw. interessierte Betriebe sind.

Ob eine Stadt als familienfreundlich erlebt wird, hängt aber nicht allein von der Anzahl und der Ausdifferenzierung der Angebote für Familien ab, sondern auch vom Bild der Bürgerinnen und Bürger, das sie von ihrer Stadt haben und von dem Klima, ob sich Familien ernst genommen und wertgeschätzt fühlen.

Der Weg zur familienfreundlichen Stadt muss von allen Beteiligten gewollt sein, der politische Wille die Stadt im Sinne von Kindern und Familien zu verändern muss vorhanden sein. Nur so sind die notwendigen Veränderungen möglich und realistisch.

Da es keine Investitionen in neue Gruppen sind, sondern diese Gruppen in Familien leben, geht es mehr um eine Zusammenführung und Vernetzung von Zuständigkeiten und Arbeitsbereichen und nicht unbedingt ein Aufbau von Neuen. Im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik gibt es in Saarbrücken mit dieser Art der Kooperation bereits vielfältige Erfahrungen und funktionierende Strukturen.

Mit dem ersten Kinderbericht wurde eine detaillierte Bestandsaufnahme zur Lebenssituation von Kindern gemacht und Planungen festgelegt. Es wurden Leitziele wie die „Bespielbare Stadt“ definiert. Es existieren vielfältige Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche und deren Eltern und eine Checkliste zur Überprüfung der Kinderfreundlichen Maßnahmen (siehe Anhang 1) für den Bereich Lage und Erschließung, die baulich räumliche Struktur, die Verkehrsplanung und die Freiraumstruktur, Vegetation, Gesundheit und Sicherheit. Auf diesen Strukturen und Maßnahmen könnte aufgebaut werden.

Die Verfahren für familienfreundliche Kommunen sind auf einen hohen Grad der Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen ausgelegt, die schon jetzt in Saarbrücken bei allen größeren anstehenden Planungen und Projekten praktiziert wird und zu einer hohen Akzeptanz der Ergebnisse bei den Bürgern und Bürgerinnen führt.
Wie die Erfahrung anderer Kommunen zeigt, können über eine Vernetzung lokaler Verantwortlicher, Unternehmen und Institutionen familienfreundliche Ziele gemeinsam definiert, umgesetzt und erreicht werden. Gleichzeitig können Abläufe in Verwaltung und öffentlichen Ämtern effizienter und mit einem geringen finanziellen Aufwand familienfreundlicher gestaltet werden.

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl an Beispielen für Umsetzungen solcher Vorhaben und eine große Menge an praktischen und gut handhabbaren Leitlinien und Verfahren, die gut nutzbar sind. Es kann sinnvoll sein, sich von außen Unterstützung zu holen in Form von Moderation oder Begleitung dieser Prozesse. Auch hier gibt es mittlerweile ein gutes Angebot.

Wichtig erscheint vor allem eine enge Zusammenarbeit mit Betrieben, die bereits jetzt beginnt.

Da in Saarbrücken besonders gute Grundbedingungen für Familienfreundlichkeit vorliegen, wie aufgezeigt wurde, kommt es hier vor allem darauf an, diese Maßnahmen und Aktivitäten weiter zu bündeln und noch besser an die Menschen dieser Stadt und Umgebung zu vermitteln. Eine gezieltes Marketingkonzept, welches in Zusammenarbeit mit Betrieben entwickelt werden könnte, könnte eine zentrale Maßnahme sein.

Mit all diesen Maßnahmen kann die Stadt Saarbrücken erreichen, dass Familien sich ernst genommen und gut aufgehoben fühlen. Wichtig ist, dass ein familienfreundliches Klima entsteht, dass dazu führt, dass junge Familien gerne in dieser Stadt leben und hier ihre Kinder zur Welt bringen wollen. Ein solches Klima käme dann nicht nur den Familien zu Gute, sondern dieser Stadt und den Menschen, die in ihr leben.

Welchen Weg Saarbrücken nun geht, kann nur ihre Entscheidung sein. Eines steht aber fest, dieser Weg muss rasch begangen werden. Der Wettbewerb der Kommunen hat schon lange begonnen.

# 10. Literaturverzeichnis

Backes, Gertrud (1993): Frauen zwischen 'alten' und 'neuen' Altern(n)srisiken, in: Gerhard, Naegele / Hans Peter Tews (Hg.) (1993): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters, Opladen: Westdeutscher Verlag: 170-187.

Backes, Gertrud (1999): Geschlechterverhältnisse im Alter, in: Birgit Jansen / Fred Karl / Hartmut Radebold / Reinhard Schmitz-Scherzer (Hg.) (1999): Soziale Gerontologie. Ein Handbuch für Lehre und Praxis, Weinheim: Beltz-Verlag: 453-469.

Baltes, Margaret M. / Freund, Alexandra M. / Horgas, Ann L. (1999): Men and women in the Berlin aging study, in: Paul B. Baltes, Karl Ulrich Mayer (eds) The Berlin Aging Study. Aging from 70 to 100, Oxford: Academic Press: 259-281.

Birg, Herwig / Einig, Hermann / Flöthmann, E.-Jürgen / Keil, Hans-Joachim / Klemmer, Paul / Michel, Dieter / Mielke, Bernd / Osterhage, Frank / Steinweg, Christina / Strohmeier, Klaus Peter / Zerweck, Daniel (2003): Aspekte der demographischen Entwicklung in NRW. Dokumentation des Workshops am 11. Oktober 2002 in Dortmund.

Buck, Hartmut / Kistler, Ernst / Mendius, Hans Gerhard (2002): Demographischer Wandel in der Arbeitswelt – Chancen für eine innovative Arbeitsgestaltung.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2004): Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2005): Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2005): Monitor Familiendemographie

Der Spiegel 2/2004: Land ohne Lachen. S. 38-53.

Dettling, Daniel (2005): Kindermangel ist auch ein Problem der Männer. Der SZ-Gastbeitrag. In: Saarbrücker Zeitung v. 22.2.2005.

Deupmann, Ulrich (2005): Die Macht der Kinder! Fischer Verlag Frankfurt

Dienel, Christiane, Gerloff, Antje (2004): Geschlechtsspezifische Besonderheiten der innerdeutschen Migration für Sachsen-Anhalt. In: Gender-Report Sachsen-Anhalt 2003. Daten, Fakten und Erkenntnisse zur Lebenssituation von Frauen und Männern. Oschersleben: S. 50-67.

Fagnani, Jeanne (2000): Un travail et des enfants. Petits arbitrages et grands dilemmes. Paris.

Familienbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken (2002): Landeshauptstadt Saarbrücken, Sozialdezernat, Amt für Kinder und Jugendliche

Familienratgeber über Leistungen für Familien im Saarland (2004): Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.04.2004: Wie eine Gemeinde die Geburtenrate in die Höhe treibt. S.13

Hellmann Michaela, Andreas Borchers (2002): Familien- und Kinderfreundlichkeit: Prüfverfahren – Beteiligung – Verwaltungshandeln; ein Praxisbuch für Kommunen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend B.221

Kröhnert, Steffen / Van Olst, Nienke / Reiner Klingholz (2004): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation. Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung.

Kulu, Hill (2005): Das Ideal von Familie und Heim auf dem Land. Wie sich Nachwuchs auf den Umzugswunsch von Familien in Österreich auswirkt. In: Demografische Forschung – Aus erster Hand (2005) Nr. 1, S.4

Netzwerk-Infotexte Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung

Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, François (Hg.) (2000): Jenseits des Zenits. Frauen und Männer in der zweiten Lebenshälfte, Bern: Haupt-Verlag.

Pfundt, Karin (2004): Die Kunst, in Deutschland Kinder zu haben: Argon Verlag Berlin.

Saarbrücker Zeitung vom 2.6.2004: Und die Tagesmutter schickt die IHK.

Schiessl, Michaela (2005): Männer im Zeugungsstreik. In: DER SPIEGEL 13/2005, S. 48

Sirene Ausgabe 1/2004 Frauen-Info für Sachsen-Anhalt: Mut zum Kind?!

Sobotka, Tomas (2005): Kinder nur aufgeschoben oder ganz aufgehoben? Extrem niedrige Geburtenziffern in Europa sind vermutlich kein Dauerphänomen. In Demografische Forschung – Aus erster Hand (2005) Nr. 1, S.3

Sobotka, Tomas (2005): Is lowest-low fertility in Europe explained by the postponement of childbearing? In: Population and Development Review 30 (2004): S.195-220.

Strohmeier, Klaus Peter (2000): Stadtgesellschaft und Stadtteilpolitik. Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Städte und Gemeinden und Handlungsansätze zur Stabilisierung gefährdeter Stadtteile.

Statistisches Landesamt Saarland (Hg.) (2004): Bevölkerungsprognose für das Saarland 2003 bis 2050. 10. Koordinierte und regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung.

Von der Lippe, Holger (2004): „Neue Väter“ in Ostdeutschland? Ein psychologischer Blick zeigt Wünsche nach und Möglichkeiten zur Elternschaft von Männern. In: Demografische Forschung – Aus erster Hand 2004; Nr. 4, S.4

# 11. Link-Verzeichnis

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Online-Handbuch "Lokale Bündnisse für Familie"
Die im Januar 2004 von Bundesministerin Renate Schmidt gegründete Initiative "Lokale Bündnisse für Familie" soll auf lokaler Ebene für mehr Familienfreundlichkeit sorgen, indem sich Kommunen, Unternehmen und soziale Organisationen vor Ort für mehr Familienfreundlichkeit einsetzen. Das Online-Handbuch gibt wertvolle Hinweise, wie ein Bündnis initiiert werden kann. Good-practice-Beispiele zeigen, welche Projekte im Rahmen eines Bündnisses in Angriff genommen werden können.
http://familienhandbuch.ies.uni-hannover.de oder
http://www.familienbuendnisse.de/testarea/pdf/040224_handbuch.pdf

Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung
Das vom des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Gutachten arbeitet den ökonomischen Charme der Familie heraus. Das Ergebnis: Unsere Gesellschaft braucht mehr Kinder. Mehr Kinder bedeuten mehr Dynamik, mehr Innovation, mehr Wirtschaftswachstum und damit mehr gesellschaftlichen Wohlstand und Lebensqualität.
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/broschuere-nachhaltige-familienpolitik-r_C3_BCrup,property=pdf.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2005): Potenziale erschließen. Familienatlas 2005.
http://www.prognos.de/familienatlas/p_familienatlas.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2004): Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Erste Auswertung einer repräsentativen Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern und / oder Pflegeaufgaben. Die vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut WSI der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Bundesministerium für Familie Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte Studie gibt Auskunft über Erwartungen von Beschäftigten mit Kindern und / oder pflegebedürftigen Angehörigen an einen familienfreundlichen Betrieb.
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/erwartungen-an-einen-familienfreundlichen-betrieb,property=pdf.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2004): Allianz für Familie – Balance von Familie und Arbeitswelt- Grundlagenpapier
Die "Allianz für die Familie" setzt sich auf Initiative von Bundesministerin Renate Schmidt und Liz Mohn, Bertelsmann, für eine nachhaltige Familienpolitik ein. Ziel der seit Sommer 2003 bestehenden Allianz ist es, zusammen mit den großen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften mittelfristige Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt zu entwickeln, zu bündeln und umzusetzen.
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/leitbild-der-allianz-f_C3_BCr-die-familie,property=pdf.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2004): Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung. Mit dieser Broschüre will das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Anregungen und praktische Hinweise geben, wie ganz individuelle, betrieblich unterstützte Kinderbetreuungsarrangements geschaffen werden können.
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-24043-Broschure-Betrieblich-unterstu.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2003 und 2004): Einnahmeeffekte beim Ausbau von Kindertagesbetreuung.
Das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) weist nach, dass der Ausbau von Kindertageseinrichtungen neben den Kosten Einspar- und Einnahmeeffekte in Milliardenhöhe für die öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern mit sich bringt.
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-24673-Broschure-Einnahmeeffekte-beim,property=pdf.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2003): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen.
Die von der Prognos AG im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte Studie belegt den betriebswirtschaftlichen Nutzen von familienfreundlichen Maßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen mit einer Rendite von bis zu 25 %.
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-24912-Broschure-Betriebswirtschaftli,property=pdf.pdf

Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (Hg.) (2001): Chancen für Frauen in der Wirtschaft. Empfehlungen für eine an Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit orientierte Personalpolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
http://www.bda.online.de/www/bdaonline.nsf/id/BroschuereChancenfuerFrauenind/$file/Brosch%FCre%20Chancen%20f%20Frauen%20id%20Wirtschaft.pdf

Deutscher Industrie- und Handelskammertag u.a. (Hg.) (2004): Familienorientierte Personalpolitik. Checkheft für kleine und mittlere Unternehmen.
Das gemeinsam vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichte Checkheft gibt praktische Anregungen und Hinweise, wie familienfreundliche Maßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen verwirklicht werden können. Ausgewählt wurden vor allem Maßnahmen, für die die Unternehmen keine hohen finanziellen und personellen Mittel aufbringen müssen.
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/familienorientierte-personalpolitik-checkheft,property=pdf.pdf

Dienel, Christiane (2004): Ergebnisse einer Studie der Hochschule Magdeburg-Stendal Zukunftschancen junger Frauen und Familien in Sachsen-Anhalt und Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt.
http://www.menschen-fuer-sachsen-anhalt.de/

DJI (Hg.) (2004): Lokale Bündnisse für Familie: Betriebsnahe Kinderbetreuung.
Fachpraktisches und wissenschaftliches Expertenwissen zur betriebsnahen Kinderbetreung, zusammengestellt vom DJI.
http://www.dji.de/praxisinformationen/BetriebsnaheKinderbetreuung.pdf

Eichhorst, Werner / Thode, Eric (2002): Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Benchmarking Deutschland. Die von der Bertelsmann Stiftung herausgegebene Broschüre beschäftigt sich unter anderem mit der Frage, was sich ändern muss, damit Frauen berufliche Entwicklung und Kindererziehung miteinander in Einklang bringen können. Beispiele und Vergleiche mit dem Ausland regen zu Denkanstößen an.
http://www.familienhandbuch.de/cms/Familienpolitik_Vereinbarkeit.pdf

Gaschke, Susanne (2005): Wo Familien am besten leben. In: DIE ZEIT Nr. 04, S. 6 aus:
http://www.fensterplatz.de/fenster/fenster.nsf/MainPage?OpenFrameset&Frame=Mainframe&Src=/fenster/fenster.nsf/0/9A141D9ED490AA20C1256FA40059C1F2%3FOpenDocument

Gemeinnützige Hertie-Stiftung (Hg.) (2003): Strategien einer familienbewussten Unternehmenspolitik.
Der familiengerechte Umbau der Arbeitswelt ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. In der bislang umfangreichsten Studie zu dieser Thematik hat die Gemeinnützige Hertie-Stiftung die Strategien und Angebote familienbewusster Personalpolitik in deutschen Unternehmen ermittelt.
http://www.familienhandbuch.de/cms/Familienpolitik_Hertie.pdf

IW-Trends (2003) Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft?
Den ersten "Monitor Familienfreundlichkeit" hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Kooperation mit den vier Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (BDA, BDI, DIHK, ZDH) durchgeführt. Die hier vorliegende Auswertung ist Teilergebnis des o.g. Projektes.
http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/monitor-familienfreundlichkeit,property=pdf.pdf

Kröhnert, Steffen / Van Olst, Nienke / Klingholz, Reiner (o.J.): Emanzipation oder Kindergeld? Wie sich die unterschiedlichen Kinderzahlen in den Ländern Europas erklären. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
http://www.berlin-institut.org/pdfs/emanzipation_oder_kindergeld.pdf

Kulu, Hill (2005): Fertility and spatial moility: evidence from Austria. Max Planck Institute for Demographic Research, Rostock 2005, 29 p.
www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2005-002.pdf
Sozialdepartement der Stadt Zürich (Hg.): Kindertagesstätten zahlen sich aus. Kurzfassung einer im Auftrag des Sozialdepartements der Stadt Zürich durchgeführte Studie zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Kindertagesstätten. Jeder eingesetzte Franken bringt drei bis vier Franken an die Gesellschaft zurück.
http://www.buerobass.ch/pdf/2001/Kindertagesst.pdf

SPIEGEL online, 30. März 2005: Auch jobbende Mütter sind gute Mütter Berufstätige Mütter sind Rabenmütter. Dieses Vorurteil ist in Deutschland noch immer verbreitet, anders als beispielsweise in Frankreich. Dass die Berufstätigkeit der Mutter dem Kind nicht schadet, zeigt nun eine Studie der University of Texas in Austin. Die Wissenschaftler um Aletha Huston konnten belegen, dass für die Entwicklung eines Kindes nicht die zeitliche Quantität der Betreuung durch die Mutter zählt, sondern die Qualität.
http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,348273,00.html

Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (Hg.) (2002): Work-life-Balance. Neue Aufgaben für eine zukunftsorientierte Personalpolitik.

http://www.ifb-bamberg.de/forschungen/vereinbarkeit_best_practice.pdf

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2004): Kindertagesbetreuung in Deutschland – Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002. Studie des Statistischen Bundesamtes zur Kinderbetreuungssituation in Deutschland.
http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2004/kindertagesbetreuung_2002i.pdf

Zukunftsradar 2030 – Der demographischer Wandel im Nachbarland Rheinland-Pfalz
http://www.zukunftsradar2030.de

Familienpolitische Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden Württemberg (2005): - Aktuelle Informationen, Praxisbeispiele, Veranstaltungshinweise und statistische Informationen: Das Internet-Portal der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg ist eine Fundgrube für kommunale Familienpolitik. Zu Themenfeldern wie Kinderbetreuung und Familienbildung gibt es Handlungsbeispiele aus zahlreichen baden-württembergischen Kommunen – immer verbunden mit einer Einschätzung des Personal-, Raum- und Finanzbedarfs und mit einer Ansprechperson.
http://www.familienfreundliche-kommune.de

Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik (2005) Das Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik ist eine Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle für familienpolitisch Aktive auf lokaler Ebene. Im Internet steht Material zu verschiedenen Themen zum Herunterladen bereit: von der Gestaltung eines kommunalen Familienpasses bis zur Integration von Familien ausländischer Herkunft. Schwerpunktthema des beim Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) angesiedelten und bis 2004 von Bund und Ländern unterstützten Netzwerks war zuletzt die Familienbildung.

http://www.schnittstelle.ies.uni-hannover.de

Familienpolitisches Gesamtkonzept der Landesregierung Darstellung der Ziele und Instrumente der saarländischen Familienpolitik
http://www.innen.saarland.de/10892.htm

# 12. Anhang

## Kriterienkatalog zur Berücksichtigung von Kinderinteressen bei städtebaulichen Planungen und baulichen Maßnahmen aus dem ersten Kinderbericht der Landeshauptstadt Saarbrücken 2002

INFRASTRUKTUR, LAGE/ERSCHLIESSUNG

Infrastruktur
LEITFRAGEN:
Sind die für Kinder und Familien wichtigen Einrichtungen ausreichend vorhanden?
Stehen Flächenressourcen für künftige soziale Nutzungen zur Verfügung?

KRITERIEN:

- Versorgung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien;
- Tageseinrichtungen für Kinder;
- Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen;
- Schulen;
- Sportanlagen;
- Bürgerhäuser/-treffs;
- Einkaufsmöglichkeiten;
- Arztpraxen;
- Kultureinrichtungen;
- Flächenbereitstellung für variable Infrastrukturleistungen;
  Für variable Infrastrukturleistungen wird ein Globalwert empfohlen (2,5% der Bruttowohnfläche im Geschosswohnungsbau).
- Diese Fläche ist als Pool anzusehen, die entsprechend der Entwicklung des sozialstrukturellen Profils des Wohnbereiches für variable bedarfsabhängige künftige Nutzungen zur Verfügung steht.

Lage/Erschließung
LEITFRAGEN:
Können sich Kinder ihrer Altersstufe entsprechend im Wohnumfeld frei bewegen?
Ermöglicht die Aufstellung des Straßenraumes die Nutzung als Spiel- und Aufenthaltsraum?

KRITERIEN:

- möglichst verkehrsberuhigt;
- interessante wegebegleitende Spielnischen, die Wege attraktiv machen und motorisierte Fähigkeiten trainieren;
- Einplanung von Nischen als informelle Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeit bei der Gestaltung von Bürgersteigen und Wegen;
- möglichst dezentrale Konzentration von Stellplätzen;
- Nutzbarkeit der Stellplätze für Kinderspiel tagsüber während der beruflichen Abwesenheitszeiten der Anwohnerinnen und Anwohner;
- Gestaltung angrenzender öffentlicher Flächen/Platzbereiche im Erschließungsnetz als Quartiersplätze mit unterschiedlichen Spielfunktionen;
- Schulwegsicherheit;
- Rad- und Fußwegenetz zu allen wichtigen Einrichtungen;
- Erreichbarkeit der für Kinder wichtigen Orte;
- Zugänglichkeit und Erreichbarkeit von Spielplätzen und informellen Spielbereichen;
- räumliche Vernetzung der für Kinder wichtigen Orte und Einrichtungen;
- Spielwege als Verbindungslinie zu den Spielpunkten im Wohnbereich;

- § Nutzung von Straßen, Wegen, Plätzen und insbesondere auch Fußgängerzonen mit spielanregender Gestaltung für Kinder, Jugendlichen sowie aller Altersgruppen;
- § bei verkehrsberuhigten Straßen/Spielstraßen bespielbarer Straßenbelag;
- § deutliche Trennung von Fuß- und Radwegen bei Hauptverbindungen;
- § Information der Anwohnerinnen und Anwohner über die Ziele kinderfreundlicher Wohnumfeldgestaltung durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit.

BAULICH RÄUMLICHE STRUKTUR
LEITFRAGEN:
Stehen Wohnbauflächen, Freiflächen und Freiräume in einem engen Zusammenhang?
Sind die Flächen genügend gegliedert, so dass sie eine differenzierte Nutzung ermöglichen?
Sind Spielflächen in Sichtkontakt zu möglichst vielen Wohnungen angelegt?
Sind die besonderen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen berücksichtigt?
Sind die besonderen Bedürfnisse von behinderten Kindern und Jugendlichen berücksichtigt?
Sind Orte generationsübergreifender Begegnungen geplant?
Gibt es ausreichende Flächen für den Gemeinbedarf?
Sind die für Kinder wichtigen sozialen Einrichtungen vorhanden?

KRITERIEN:
- § niedrige Geschosszahlen (max. 4-geschossig incl. Dachgeschoss);
- § Förderung nachbarschaftlicher Kommunikation durch differenzierte Raumbildung;
- § kommunikationsfreundliche Anordnung der Wohnhäuser (Wohnhöfe gespiegelte Anordnung von Gebäuden);
- § belebte Erschließungszonen;
- § kinderfreundliche Gestaltung der Hauseingänge;
- § gute Verbindung von Wohnung und Außenraum;
- § kinderfreundliche Grundrissplanung;
- § überdachte Spielplätze für witterungsunabhängiges Spielen;
- § Zusammenlegbarkeit von Gärten;
- § bei kleinen Hausgärten Angebot bespielbarer Flächen im öffentlichen Raum oder halböffentlichen Raum (Anger/Wohnhöfe);
- § Anlage von Mieter- und Kindergärten beim Mietwohnungsbau;
- § Verfügbarkeit/Nutzung vorhandener Abstandsgrünflächen in bestehenden Siedlungen;
- § abwechselungsreiche Gestaltung hausnaher privater Spielplätze;
- § Erarbeitung von Hinweisen für Architekten;
- § kinderfreundliche Muster-Hausordnung;
- § Information der Anwohnerinnen und Anwohner über die Ziele kinderfreundlicher Wohnumfeldgestaltung durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit.

VERKEHRSPLANUNG
LEITFRAGEN:
Ist die Verkehrsführung für Kinder hinsichtlich der Blickbeziehungen und Einsehbarkeit überschaubar?
Mittelinseln vergrößern die Querungschancen erheblich.
Sind sie geplant und für Autofahrerinnen und Autofahrer gut einsehbar?
Wird bei Ampelschaltungen die Laufgeschwindigkeit, die geringe Körpergröße von Kindern und deren Sicherheitsempfinden berücksichtigt?
Fahrende Autos werden häufig zwischen beiderseits der Fahrbahn abgestellten Fahrzeugen für Kinder nicht sichtbar. Ist es möglich, dass zumindest eine Fahrbahnseite keinen Parkstreifen hat?
Kinder suchen den Verkehrsraum auch als Spiel- und Erlebnisraum auf. Kinder nutzen Einfahrten, Zonen von Geschäften, Telefonhäuschen, Trafohäuschen, Parkstreifen zum Versteckspielen und als Verabredungsorte. Wie wird dieses Spielbedürfnis bei Planungsprozessen berücksichtigt?

Die Spieleignung im Verkehrsbereich wächst mit der verfügbaren Gehwegfläche. Werden Kindern solche Flächen zugestanden, z.B. durch Unterbrechung von Parkstreifen – Verzicht auf einige Stellplätze – zur Schaffung gestaltungsfähiger Gehwegverbreiterungen?
Gibt es Straßen, Wege, Plätze, die von Kindern zum Rollerfahren, Radfahren, Rollschuhlaufen genutzt werden können?
Gibt es ein zusammenhängendes Rad- und Fußwegenetz sowie ausreichende Fahrradabstellmöglichkeiten?

KRITERIEN:

- Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger;
- kinderfreundliches Straßen- und Wegenetz;
- Querungshilfen an verkehrsreichen Straßen, aber auch an den Wegen der Kinder;
- verkehrsberuhigte Straßen, geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen;
- Schulwegsicherung;
- Rad- und Fußwegenetz zu allen wichtigen Einrichtungen;
- Fußgängerzonen;
- Fußgängerorientierte Straßen- und Wegebeleuchtung;
- Orientierung des öffentlichen Personennahverkehrs an Stand- und Zielorten von Kindern – Linienführung,
- Fahrplangestaltung, Lage der Haltestellen;
- Absicherung von Haltestellen/ausreichende sichere Warteflächen;
- Maßnahmen zur Verhinderung des Gehwegparkens;
- Gestaltung der Gehwege

FREIRAUMSTRUKTUR, VEGETATION, GESUNDHEIT, SICHERHEIT
LEITFRAGEN:
Gibt es ein qualitativ abgestuftes System von Freiflächen unterschiedlicher Kategorien?
Sind nutzungsoffene Flächen vorhanden?
Gibt es genügend Naturräume, die für Spielbereiche unterschiedlicher Nutzungsintensität geeignet sind?
Sind Ausgleichsflächen für Kinder als Erlebnisräume verfügbar?

KRITERIEN:

- abwechslungsreiche Raumbildung;
- Vielfalt an markanten, raumdifferenzierenden Strukturelementen (Mauern, Zäune, Tore, Stufen);
- Wechsel zwischen offenen und kleinteiligen Bereichen;
- Zonen unterschiedlichen Öffentlichkeitsgrades;
- vielseitige Strukturierung und Schichtung durch Bäume, Sträucher, Rasen und Stauden;
- differenziertes Angebot von naturnah belassenen und gestalteten Nischen/Flächen;
- Flächen für Tierhaltung (Hundeklo);
- Element Wasser für Kinder erlebbar machen, insbesondere im Zusammenhang mit Regenwasserversickerung unter Berücksichtigung des Sicherheitsaspektes für Kinder;
- Anlage von Spielbereichen im Zentrum des Interesses der Bewohnerinnen und Bewohner nicht auf Restflächen;
- keine konventionelle Ausweisung von Spielplätzen, multifunktionale Nutzung der Flächen;
- generationsübergreifende Begegnungsmöglichkeiten;
- Flexibilität hinsichtlich der Möglichkeit, auf veränderte Altersstruktur zu reagieren.

## Mustergliederung für einen Familienbericht einer Kommune, eines Kreises oder einer Region

**I Situationsanalyse bzw. Bestandsaufnahme**

- **Bestandsaufnahme zu Strukturen und Lage der Familien** (möglichst kleinräumig), Stichworte sind z.B. Familienstrukturen und Haushalte, Erwerbstätigkeit (nach Geschlecht und Alter differenziert), soziale Lage, Wohn- und Wohnumfeldsituation, gesundheitliche Bedingungen der Familien und einzelner Mitglieder (z.B. Kinder, Senioren) sowie besondere Belastungssituationen, wie etwa Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, häusliche Pflege von Menschen mit Langzeiterkrankungen oder mit Behinderungen, Sucht, Gewaltprobleme
- **Bestandsaufnahme zu Angebot und Kapazität familienorientierter Dienste und Leistungen,** Stichworte sind u.a. Angebote und Kapazitäten familienorientierter Dienste, Selbsthilfe (Potenziale), bestehende Kooperationen und Vernetzungsstrukturen privater und öffentlicher Träger, Bewertung nach Handlungsfeldern, Art und Umfang

**II Bewertung der Angebote und Ableitung des familienpolitischen Handlungsbedarfs**

- Anforderungen aus den Familienphasen (Familienzyklen)
- Anforderungen aus spezifischen Lebenslagen von Familien (z.B. Ein-Eltern-Familien, Familien mit behinderten Angehörigen oder Familien mit Migrationshintergrund)

bezogen auf die **Handlungsbereiche:**

A Familie und Arbeitswelt (z.B. Familienorientierung im betrieblichen Alltag, Balance von Familie und Erwerbsarbeit, Qualifikationsförderung in Phasen der Erwerbsunterbrechung)
B Familienunterstützende Betreuungs- und Pflegeangebote für Kinder, Kranke und Ältere (z.B. Tagesbetreuung, Betreuungs- und Pflegehilfen in besonderen familiären Belastungssituationen)
C Familienorientierung der Wohnverhältnisse (z.B. und kinderfreundlicher Wohnungsbau, Barrierefreiheit, gesundes und sicheres Wohnumfeld, wohnortnahe Versorgung, öffentlicher Nahverkehr)
D Gesundheitliche Förderung und soziale Dienste (z.B. Unterstützung bei Pflege von Familienangehörigen oder bei besonderen Gesundheitsbelastungen, Selbsthilfe, gesunde Umweltbedingungen)
E Soziale und kulturelle Familienarbeit
F Familie und Bildungswesen (z.B. zielgruppenspezifische Angebote, Kooperation und Vernetzung)
G Beratung und Selbsthilfeförderung von Familien (z.B. Erziehungsberatung, Verbraucherberatung, Familienbudgetberatung, Förderung von Selbsthilfe)
H Finanzierungsmöglichkeiten zur Familienförderung (z.B. Unterstützung von Familien mit Krankheits- und Pflegefällen, teilweise Entlastung der Familien von kommunalen Gebühren und Dienstleistungsentgelten – Familienpass)

## Mustergliederung für einen (getrennt entwickelten) Familienförderplan

**1. Ziele der örtlichen Familienpolitik und angestrebte Wirkungen des Familienförderplans**
(möglichst mit strategischen Aussagen)

**2. Handlungsbedarf und Maßnahmenbeschreibung**
bezogen auf die unter II. im Familienbericht bewerteten Handlungsbereiche

**3 Träger der Maßnahmen**

3.1 Familienunterstützende Betreuungsangebote für Kinder
3.2 Familienfreundliche Regelungen in der Arbeitswelt Familienfreundliche Wohnungspolitik und Wohnumfeldgestaltung
3.3 Infrastruktur für Familien in Siedlung und Wohnumwelt
3.4 Angebote zur gesundheitlichen Förderung
3.5 Familienorientierung an Schulen und Hochschulen
3.6 Bildungs- und Beratungsangebote für Familien (z.B. Familienzentren)
3.7 Finanzielle Entlastung von Familien (z.B. Familienpass, Bildungspass)

**4. Laufzeit und Finanzierung des Programms und der einzelnen Maßnahmen**

Stand: 2004

**IMPRESSUM**
Netzwerk-Infotext
Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik

Herausgegeben vom
Institut für Entwicklungsplanung
und Strukturforschung
Lister Str. 15
30163 Hannover
Tel.: 0511/ 399-70
Fax: 0511/ 399-7229

*Netzwerkbüro*:
Marit Kukat, Tel.: 0511/ 399-7226
E-Mail: Kukat@ies.uni-hannover.de
Andreas Borchers, Tel.: 0511/399-7270
E-Mail: Borchers@ies.uni-hannover.de

*Internet*: http://www.ies.uni-hannover.de